

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 25.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 1. März 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die vierspaltige
Nonpareillezeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Aus dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben.

Und wenn sich der Schwarm verlaufen hat... Mit diesen Eingangsworten zu einem altbekannten Kommersieliede könnten auch wir diesmal unser Streifzug durch das weite Wirkungsfeld der Gewerkschaften und Genossenschaften beginnen. Wie es die Nummern des „Korr.“ von Mitte Januar an ausweisen, beherrschen in den letzten sechs Wochen die Berichte über die Jahresversammlungen der Mitgliedschaften unsern Verband des Feilenfelds. Während dieser Zeit muß alljährlich so manches unterbleiben oder zurückgestellt werden, was die Redaktion für ihre Leser von Interesse und Wichtigkeit hält. Die Gewerkschaftsübersicht kann sich „rühmen“, bei dem Zurückgehen immer zuerst in Betracht zu kommen. Das liegt in der Eigenart dieses Teiles des „Korr.“ begründet und gereicht ihm nicht einmal immer zum Nachteil. Auch dieses Mal nicht, wo nunmehr, nachdem anscheinend der Schwarm der ihre Jahresrückblicke weniger oder mehr interessant gestaltenden Schriftführer im Verlaufe begriffen ist, über die gewerkschaftlichen Ereignisse des vergangenen Jahres eine Generalübersicht gegeben sowie über die beiden ersten Monate des laufenden im besondern berichtet werden soll. Die Jahresbilanz des Buchdruckgewerbes in wirtschaftlicher, technischer und gewerkschaftlicher Beziehung zu ziehen, behalten wir uns in gewohnter Weise bis nach Erscheinen des Jahresberichtes unserer Organisationsleitung vor. Wer in den letzten Wochen die Einzelnotizen in der Gewerkschafts- und der politischen Arbeiterpresse über dieses organisatorische oder jenes wirtschaftliche Jahresergebnis verfolgt hat, wird die von uns gebotene Zusammenfassung — soweit eine solche bis Ende Februar möglich war — gewiß begrüßen. Man gewinnt auf diese Weise zweifellos einen bessern Ueberblick und ein sichereres Urteil als bei solchen Vernetzungen, die ja nur durch eine nachprüfende Revue zu umgehen sind.

Die vorliegende Nummer unsern Verbandsorgans trägt das Datum eines Tages, der für das Deutsche Volk den Anbruch einer wirtschaftlichen Periode des Unheils bedeuten wird. Der 1. März 1906 ist der Termin des Inkrafttretens der neuen Handelsverträge, dieser schier unsagbaren Prämie von Regierung und Parlament an einen einzigen Gewerkschaftsstand zur rückstandslosen Auspönerung der Allgemeinheit. Welche Folgen der neue Zolltarif für Handel und Industrie und dadurch rückwirkend auf die wirtschaftliche Lage des deutschen Arbeiters ausüben wird, läßt sich natürlich noch nicht absehen. Um sich die Wahrscheinlichkeit im Auslande zu erhalten, haben bekanntlich Industrielle verschiedener Branchen Betriebsfilialen in den Nachbarländern errichtet, speziell sollen sächsische Fabrikbesitzer zu diesem Ausschiffsmittel gegriffen haben. Die deutschen Arbeiter hüben hierdurch sowie ferner durch die sicher in vielen Branchen eintretenden Exporteinsparungen gewiß an Arbeitsgelegenheit ein. Weiter werden sie durch die für die Waren fast aller Gattungen erhöhten Preise an Konsumkraft verlieren und ihre Lebenshaltung wird infolge der Fleisch- und Brotteuerung eine noch schlechtere werden. Und drittens eröffnen die geplanten neuen Reichssteuern, gegen welche auch von den interessierten Gewerkschaften entschiedene Protestkundgebungen erfolgen, alles andere als eine dem Geldbeutel des armen Mannes günstige Perspektive. Man braucht kein ausgemachter Pessimist zu sein, braucht nur einmal an die Begleiterscheinungen der Fleischnot zu denken, und diese Stichprobe wird schon genügen, um den etwa vorhandenen Optimismus zu dämpfen, denn der Fleischwucher und die sich nunmehr hinzugesellende Brotverteuerung sind ja nur Einzelbilder aus dem farbenblühenden Spiegel der Zukunft. Hat die industrielle Arbeiterchaft also nur Nachteile von der neuesten, unglücklichsten Aera der deutschen Schutzpolitik zu erwarten, so werden die landwirtschaftlichen Arbeiter auch keinen Vorteil von dem Goldregen haben, der sich in die Taschen ihrer heutigeren Arbeitgeber ergießen wird. Es heißt zwar oft von der Krähne des Reichstages, wer der Landwirtschaft helfe, der nütze auch den Arbeitsklaven der agrarischen Profitgäher, aber das sind Redensarten, die nicht den geringsten Wert haben. Gehupft wie gesprungen ist die Geschichte der Arbeiter muß zu allererst und am allermeisten bluten. Die an und für sich günstige wirtschaftliche Konstellation gleicht bei Berücksichtigung all dieser Momente einem

Kartenhaufe, mit dessen Herrlichkeit es eines Tages ein jähes Ende nehmen kann. Auch für uns Buchdrucker sowie das gesamte graphische Gewerbe werden die Mißhandelsverträge sicher verschiedene Beeinträchtigungen bringen, wenn auch das Buchdruckgewerbe im speziellen noch mit einem blauen Auge davon gekommen ist. Das Jahr 1906 wird also die Belastungsprobe mit dem neuen Zolltarife zu bestehen haben. Der Ausspruch Goethes nach der Schlacht bei Valmy: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen“, ist in gewissen Sinne auch für den gegenwärtigen Zeitpunkt anwendbar. Hoffen wir, daß trotzallem die Arbeiter als Zeugen dieses bedeutungsvollen Zeitabschnittes nicht zu einer gar zu gegensätzlichen Auffassung des Goetheschen Wortes gezwungen werden.

Die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1905 war eine günstige. Die Steigerung der Ausfuhr ist eine besonders starke; eine Ercheinung, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht allein auf die allgemein gute Geschäftslage, sondern wohl auch auf eine wohlberechnete Förderung seitens der Exportindustrien zurückzuführen ist. Es sollte eben vor dem 1. März 1906 noch so viel als möglich in das Ausland ausgeführt werden. Schon dieser Umstand birgt also eine Gefahr eines in diesem Jahre eintretenden wirtschaftlichen Rückschlages in sich. Die russische Revolution und der russisch-japanische Krieg vermochten dem recht befriedigenden Gesamtbilde keinen Abbruch zu tun; der Beschäftigungsgrad war wohl in den einzelnen Branchen ein unterschiedlicher, aber doch insgesamt ein guter. Das Kapital zeigte sich darum im vergangenen Jahre auch recht unternehmungslustig, wie sich an der Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften ergibt. Im Jahre 1905 wurden nämlich 191 Gesellschaften mit 336 Millionen Mark Kapital gebildet, gegen 1904 ein Mehr von 87 Unternehmungen und 246 Millionen Mark. Die meisten Gründungen fanden in der chemischen Industrie statt — 24 —, dann folgt die Gewerbegruppe Nahrungs- und Genussmittel mit 21 und das Baugewerbe mit 20 Gründungen. Nach dem investierten Kapitale kommt jedoch das Bankfach mit rund 75 Millionen an erster Stelle, dann folgt die Montanindustrie mit 63 und das Baugewerbe mit 49 Millionen Mark. In der graphischen Industrie und speziell im Zeitungswesen und Buchdruckgewerbe finden die Genossenschaften mit beschränkter Haftung einen besseren Boden, weil von einer wirklichen Großindustrie in unsern Branche noch keine Rede sein kann. Das Scherische Niesenunternehmen ist eben eine Ausnahmeerscheinung.

Die Rentabilität der deutschen Industrie hat unter solchen Auspizien natürlich keine Verringerung erfahren. Man hört zwar ständig Klagen, daß der Gewinn immer mehr gemindert werde, und nur zu oft mußten wir im vorigen Jahre das empfindende Schaupiel erleben, daß die geringsten, von den winzigsten Arbeitergruppen ausgehenden Forderungen auf erhöhten Lohn nicht nur nicht brüsk abgelehnt, sondern häufig auch mit Ausparungen der Gesamtarbeiterchaft eines Betriebes resp. einer Branche an Orte beantwortet wurden. Besteht man sich aber das Dividendenregister, wie es über eine ganze Anzahl von Aktiengesellschaften der verschiedensten Gewerbe schon veröffentlicht werden konnte, dann kann man nur sagen, daß die Herren Aktionäre von den ihnen gezahlten „Nöhen“ tatsächlich ein Erkelliches zugunsten der Arbeiter entbehren können. So verteilen 215 Gesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden, für 1905 eine Durchschnittsdividende von 10,27 Proz., das wäre 1/2 Proz. mehr wie 1904. Die einzelnen Industrien würden, wenn man die aufgeführten Gesellschaften als maßgebend für das betreffende ganze Gewerbe ansehen will, folgende Ertragsfähigkeit aufweisen: Chemische und Färbereindustrie 15,14 (1904 ebensoviel, 1903 dagegen 2,75 Proz. weniger), Porzellan-, Glas- und Steinzeugfabriken 14,47 (12,34), Berg- und Hüttenwerke 11 (10,98), Gummi- und Papierfabriken 9,53 (8,76), Eisenbahnbedarfs- und Maschinenbaugewerbe 9,3 (8,3), Elektrizitäts- und Gaswerke 9,3 (6,9), Metallindustrie 9,1 (8,13), Baugewerbe 8 (7), Zementwerke 7,8 (6,5), Textilindustrie 6,5 (5) Prozent. Zugestanden, daß bei der Berücksichtigung aller Aktiengesellschaften einer Branche die Dividenden etwa

niedriger ausfallen würden, im ganzen ist aber doch die Rentabilität der deutschen Großindustrie eine recht gute und noch günstigere gewesen als im Jahre 1904. Wo das nicht zutreffen sollte, wo die Klagen der Unternehmer auf zu minimalen Verdienst Berechtigung haben, da liegt das sicherlich an mangelhafter technischer Einrichtung oder veralteten Betriebsformen. Namentlich für das Buchdruckgewerbe ist diese Behauptung ein alter, aber nicht gern zugegebener Erfahrungssatz. Die Arbeiter werden gerade in diesem Jahre in die Lage kommen, den Unternehmern eine gebührende Gegenrechnung aufzumachen, denn mit der Usurbe, es wird nichts verdient, ist es eben nichts mehr.

Der Arbeitsmarkt war entsprechend der Geschäftskonjunktur ein durchaus befriedigender. Nach den in der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ gegebenen monatlichen Ausweisen über die Vermittelbarkeit von 139 öffentlichen Arbeitsnachweisen wurden im Jahresdurchschnitt auf 100 offene Stellen 120,1 Stellenjuchende gekommen sein, für 1904 haben wir diese Ziffer mit 146,5 für 1903 aber mit 149,3 ermittelt. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ haben die Fachverbände im Jahresdurchschnitt 1905 eine Arbeitslosenziffer von 1,6 gegen 2,1 Proz. in 1904 aufzuweisen gehabt. Auf 100 Mitglieder entfielen 7,0 Fälle von Arbeitslosigkeit, hingegen 7,9 im Jahre 1904. Und die durchschnittliche Unterstützungsdauer belief sich auf 16,4 gegen 17,5 Tage in 1904. In jeder Beziehung also ein besseres Ergebnis. Man warnte zwar der wegen seiner Beherrschung des kommunalen Gebietes anerkannte sozialdemokratische Abgeordnete Lindemann in der Reichstagsitzung vom 15. Februar d. J., den Arbeitslosenziffern des „Reichsarbeitsblattes“ einen zu hohen Wert beizumessen. Die Zahl der von dieser Statistik erfaßten Arbeiter (jetzt 1.111.000 in 62 Fachverbänden) wäre viel zu klein, auch wären die vierteljährlichen Zwischenräume zu groß, das reichsstatistische Amt sollte monatliche Feststellungen über einen ganzen Beruf vornehmen usw. Diese Bedenken treffen zwar im Allgemeinen zu, der vorgeschlagene Weg der Abhilfe empfiehlt sich aber nicht. Man kann nur dafür sorgen, daß alle Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einführen und größere Fortschritte in ihrem Organisationsverhältnisse machen. Dann kommen wir dahin, daß die Arbeitslosenziffern des „Reichsarbeitsblattes“ maßgebend für die Gesamtlage in einem Berufe sind, vorausgesetzt natürlich auch, daß die Berichterstattung an die amtliche Sammelstelle gut funktioniert, was jetzt keineswegs überall zutrifft. Der Stand der gegenwärtigen Statistik gibt also immerhin einen ungefähren Ueberblick; auch ist nicht zu vergessen, daß wir in dem kaum dreijährigen Zeitraum ihrer Führung die sonst so gelobte englische Arbeitslosenfeststellung bereits überflügelt haben. Betrachten wir deshalb die angegebenen Ziffern als maßgebend, und freuen wir uns über das gute Resultat des Jahres 1905.

Die materielle Lage der Arbeiterschaft ist im vergangenen Jahre zweifellos eine schlechtere geworden. Der ehemalige preussische Handelsminister Müller hat sich allerdings einmal erziehen lassen, die Arbeiter verdienen jetzt das Doppelte wie früher. Wenn das wahr wäre, dann hätten die Vorboten des Zolltarifes — die Fleisch- und Lebensmittelverteuerung — jedenfalls nicht so die Massen zur Entrüstung aufpeitschen können. Gewiß sind die Löhne dank der Regiertheit der Gewerkschaften gestiegen, aber unzweifelhaft nicht in dem Maße wie die Kosten der Lebenshaltung. Richard Calwer berechnet die im vorigen Jahre entfallenden Mehrkosten der Ernährung allein auf 8, die übrigen Preissteigerungen auf 2, zusammen also eine Erhöhung der Haushaltungskosten um 10 Proz. heraus. Fest steht, daß das Vorjahr für das Unternehmertum ein recht ertragsreiches war; die Warenpreise gingen in die Höhe, die Geldsätze stiegen, kurz, überall größere Einnahmen, wozu das sich immer mehr ausbreitende und konsolidierende Substitutionswesen sicher nicht am wenigsten beitrug. Der Unternehmerngewinn ist also wirklich auch relativ, der Verdienst des Arbeiters aber nur nominell gestiegen, sofern dieser nicht etwa bis jetzt noch ganz leer ausgegangen ist, denn zu einem erheblichen Teile sind noch nicht die Löhne von 1900, also vor der letzten Wirtschaftskrise, wieder erreicht. Calwer sagt nun, im Jahre 1906 müsse zwischen den Warenpreisen und der Lohnhöhe ein solcher Ausgleich geschaffen werden, daß bedeutend mehr als 1905 verbraucht werden kann. Sei das nicht durchzuführen, würde der Absatz stoden, es käme zur wirtschaftlichen Stagnation oder gar zu einem

Rückfrage. Daß man heute mit dem gleichen Betrage Geld weit weniger kaufen kann als wie in den Vorjahren und speziell im Jahre 1900, ist eine unbefristete Tatsache. Die Kaufkraft der Volksmasse zu erhöhen ist also ein Gebot der Notwendigkeit angesichts der gegenwärtigen Unterernährung sowie angesichts der losgerissenen sich immer vermehrenden Warenerzeugung. Für 1905 gibt Galmer die Erhöhung der Lebensmittelpreise resp. der Kosten der Lebenshaltung insgesamt mit 10 Proz. an, unsere Schätzung keine zu hoch gegriffene Ziffer. 1906 steht gewissermaßen noch vor uns wie das verschleierte Bild zu Sais; es ist noch nicht zahlenmäßig auszubilden, welche durchschnittliche allgemeine Preissteigerung noch hinzukommen wird. Aber wir haben allgemein wohl das Empfinden, daß auf dem Lohngebiete sich ernste Vorgänge abspielen werden. Zwischen Forderungen und Bieten werden häufig arg große Unterschiede vorhanden sein, die oft erst durch einen Waffengang verkleinert werden können. Die Gewerkschaften haben mithin die Probe aufs Exempel zu liefern, daß sie in wirtschaftlich kritischer Zeit die Kraft und Macht besitzen, dem Arbeiter eine Verschlechterung seiner materiellen Lage fernzuhalten, ihm vielmehr zu einer bessern Lebensführung, die nötigen Mittel zuzuführen. Das ist eine so ernste und wichtige Aufgabe, die manche andere Frage mehr in den Hintergrund treten lassen sollte. (Fortsetzung folgt.)

Eine Protestversammlung

gegen die geplante Besteuerung der Ansichtspostkarten fand am Abend des 26. Februar in der Albertshalle des „Kritikallpales“ in Leipzig statt. Die Versammlung war einberufen von den Vorständen sämtlicher graphischer Berufe in Leipzig und von über 3000 Personen besucht. Reichstagsabgeordneter Lipinski (Mitglied der Steuerkommission des Reichstages) gab ein äußerst sachliches und instruktives Referat über die Ursachen, welche schließlich zu diesem kulturfeindlichen Steuerprojekte geführt hätten. Das Flottengesetz und der Zolltarif in ihren finanztechnischen Wirkungen seien die Voraussetzungen, welche kritisch berücksichtigt werden müßten. Man habe wohl eine Vermehrung und Erneuerung der Flotte im Reichstage beschlossen, aber dabei einen „kleinen“ Fehler begangen, nämlich vergessen, darüber nachzudenken, wie die Kosten dafür aufzubringen sind. Ja, man habe sogar derart operiert, daß man für die Kostenbedeckung Steuern in den Etat eingestellt, die noch gar nicht bewilligt waren. Wie immer habe man aber auch hier wieder die bestehenden Klassen, für die doch Heer und Marine unterhalten würden, verschont, dagegen Einnahmequellen aus indirekten Steuern, welche die breiten Massen des Volkes treffen, vorgeschlagen. Durch die neuen Handelsverträge sei namentlich das graphische Gewerbe sehr geschädigt worden. Graphische Erzeugnisse waren größtenteils bisher zollfrei in anderen Ländern einzuführen, und dadurch sei es möglich gewesen, daß Deutschland die Ansichtspostkarte für die ganze Welt produzieren konnte. Infolge der Handelsverträge sei jetzt ein dicker Strich durch diese Rechnung gemacht. Andere Staaten hätten ihre Einfuhrzölle bedeutend in die Höhe geschraubt. Redner wies dies für die Erzeugnisse des graphischen Gewerbes (Lithographische, Licht-, Farben-, Chromo- und Kunstbrände, Ansichtskarten, Bilderbücher, industrielle Erzeugnisse der Buchbinderei und der Kartonagenfabrikation usw.) in den Staaten Österreich, Frankreich, Rußland, Rumänien, Serbien, Belgien und Italien nach. Unsere Erhöhung der Getreidezölle beantworteten die anderen Staaten mit Erhöhung ihrer Einfuhrzölle auf deutsche industrielle Erzeugnisse, wodurch der deutsche Export sehr geschädigt wird, unter anderem auch das gesamte graphische Gewerbe und seine Arbeiter. Redner ging sodann auf das Bestreben ein, immer neue indirekte Steuern zu suchen, und zitierte, mitunter vor stürmischer Heiterkeit unterbrochen, einzelne dieser geplanten Steuermonstrositäten, als da sind: Bier- und Tabaksteuer, Fahrkarten- und Kraftwagensteuer, Quittungs- und Frachttsteuer, Zigarettensteuer, eine kassierte Vergütungsteuer, eine Wehr-(Krippel-)steuer, Inkeraten-, Kellere- und Plakatsteuer, eine Teppichsteuer, eine Streichholzsteuer, eine Junggefellens- und eine Kindersteuer, eine Steuer auf Wartungsmittel, eine Lantiensteuer, eine Steuer auf gefüllte Waldbäume und eine Poststeuer für Ortsdrucksachen, für Zeitungen und auf Post- und Telegraphengebühren. Weil aber die bürgerlichen Mitglieder der Steuerkommission sich sagten „Principis obsta“ (Wehret den Anfängen) waren sie gegen alle Steuerpläne, die wirklich ertragsreich wären, z. B. eine progressive Einkommensteuer, eine Reichserbschaftsteuer, kurzum eine Vermögenssteuer. Durch die dem graphischen Gewerbe zugehenden Steuern müßte eine schwere Schädigung dieser Industrie eintreten. Redner verwies auf die künstlerische Ausstattung der Verpackungen und Enveloppen für Zigaretten und Zigarren, des Zigarettenpapiers usw., wodurch eine blühende Industrie lahm gelegt würde. Redner ging dann speziell zur beachteten Besteuerung der Ansichtskarte über, von der die Anhänger dieser Besteuerung behaupteten, die Ansichtspostkarte sei eine Luxusfrage. Das sei falsch. Die Ansichtspostkarte sei deshalb so beliebt, weil sie das Mittel ist, in kürzester Form eine Mitteilung an einen andern gelangen zu lassen. Der Schreibfaule wählt mit Vorliebe die Ansichtspostkarte, und dem hat auch die Reichspostverwaltung Rechnung getragen, indem sie auf der Vorderseite einen knappen Raum zu schriftlichen Mitteilungen einräumte. Die Ansichtspostkarte ist der Ersatz für die Postkarte geworden. Dann käme aber noch ein andres kulturelles Moment in Betracht. In vollendetster künstlerischer Art wurden dadurch klassische Gemälde, die Er-

zeugnisse der Künstlerkolonien (z. B. der Worpsweder), landschaftliche Schönheiten usw. der Arbeiterklasse zugänglich gemacht, die sonst nie in die Lage käme, solche Kunstwerke und landschaftliche Schönheiten zu sehen. Auch die Heimatkunde wurde dadurch gefördert. Wer niemals in die Lage kommt, von Memel oder Nimmerstatt eine Karte in die bayerischen Alpen und seine Seen zu unternehmen, kann durch die Ansichtspostkarte wenigstens eine Vorstellung von all dem bekommen, was Sebenswertes in der Welt existiert. Die Ansichtspostkarte verfolge bildnerische, künstlerische, erzieherische Zwecke, sie sei ein sehr wesentliches pädagogisches Mittel. Es besteht aber weiterhin die Befürchtung, daß durch die geplante Besteuerung der Ansichtskarten die schlechten Karten noch mehr, als es leider schon geschieht, in den Vordergrund sich drängen. Wir haben aber die Aufgabe, das künstlerische Empfinden des Volkes zu heben, deshalb ist diese Steuer kulturfeindlich. Was ist schließlich eine Ansichtskarte? Wo hört die Reklamemarte auf und wo fängt die Ansichtskarte an? Redner verwies auf ein Vorkommnis in der Steuerkommission, wo der Reichspostsekretär eine Karte vorzeigte, auf welche lediglich eine Maus abgebildet und die Worte darauf gesetzt waren: „Meine kleine süße“. Ist das nun eine Ansichtspostkarte, eine Reklamemarte oder was sonst? Der Begriff Reklamemarte lasse sich gar nicht fixieren. Das Komitee des Völkerschlagendenmalts gebe z. B. Ansichtskarten in eigener Regie heraus, um dadurch einen Teil der Baukosten des Denkmals beden zu können. Bemerkenswert sei, daß unsere Regierung so gern in Mittelstandspolitik mache, und da heutzutage fast in jedem kleinen Laden die Ansichtspostkarte ein Handelsartikel geworden sei, würde die Regierung durch die Besteuerung der Ansichtskarte mittelstandsfeindliche Politik treiben. Redner ging sodann auf die technische Durchführung dieser Steuer ein und wies überzeugend nach, daß der Steuerertrag für das Reich kaum 1 1/2 Millionen Mark betragen dürfte, dagegen aber würde eine Masse Schereyen, Placereien, Beschwerden usw. eingetauscht, und schließlich sei es nicht ausgeschlossen, daß die Post noch etwas zuzuzahlen habe. Der finanzielle Effekt werde unzweifelhaft einen Rückschlag in dem Konjum von Ansichtspostkarten bedeuten, die Produktion müßte eingeschränkt werden, und das hätte die schwersten Folgen für die im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Im großen Umfang würden Photographie, Lithographie, der Licht- und Buchdruck, die Buchbinderei, die Papierindustrie aufs schwerste getroffen werden, weil alle diese Betriebe in Mitleidenschaft gezogen würden. Die geplante Steuer bedeute eine volkswirtschaftliche Feindseligkeit, weil hier wiederum das Volk als Ausbeutungsobjekt benutzt werde. Es seien allerdings Gründe vorhanden, anzunehmen, daß diese Steuer nicht zur Tatsache werde, aber auf die bürgerlichen Abgeordneten könne man sich nicht verlassen, darum müssen wir durch unsere Proteste die Regierung zwingen, auf die geplante Steuer zu verzichten.

Der mit stürmischen Beifalle aufgenommenen eineinhalbstündigen Rede des Herrn Lipinski folgte ein zweites, sehr pointiertes und sachkundiges Referat des Herrn Jaßrig, Inhaber der Firma Dr. Krenker & Co. in Leipzig. Redner erklärte eingangs seiner überzeugenden Ausführungen, daß vor einigen Tagen zwei Vertreter aus den graphischen Arbeiterorganisationen am Orte ihn ersucht hätten, ebenfalls als Referent in dieser Versammlung zu sprechen. Er habe sich dazu bereit erklärt, obwohl er sich bewußt gewesen, daß unsere Schritte Mißverständnissen begegnen würden. Redner erklärte weiter, daß er nicht als Vertreter einer Firma hier spreche, sondern lediglich als Prinzipal, der einen Einblick in das bewegte Gebiet besitze. Seine (des Redners) persönliche Meinung ginge dahin, daß die Kluft zwischen Arbeitgeber und -nehmer überbrückt werden müsse, denn gerade die heutige Versammlung beweise, daß eminente Interessen von Arbeitgebern und -nehmern berührt würden. Des weitern verbreitete sich Redner über unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse und ging dann dazu über, die Bedeutung der deutschen Industrie klarzustellen, auf deren Schultern die Last des Reiches ruhe. Der Widerstand, welcher der Industrie durch die Zölle geleistet würde, die mangelnde Interessenvertretung der deutschen Industrie durch unsere Konsuln im Ausland, die fonderbaren Wäuten im deutschen Steuerbuckette seien geeignet, Arbeitgeber und -nehmer gleichmäßig zu schädigen. Die Amerikaner wunderten sich, daß wir so hohe Steuern hätten und noch mehr darüber, mit welchem Gleichmute die Steuern bezahlt würden. Bezüglich der Ansichtskartensteuer seien viele Gründe vorhanden, die dafür sprächen, daß die Steuer nicht komme. Man müsse aber auf eine unerwartete Wendung gefaßt sein. Redner meinte des weitern, daß die beachtete Ansichtskartensteuer nicht vorbildlich und neu sei. Griechenland habe sie mehrere Jahre in der Form eines Monopols besessen, aber damit ebensovienig dem griechischen Volke in der Staatskasse abhelfen können, wie dies bei uns der Fall sein würde. Eingehend schilderte Redner die Hemmnisse, welche durch dieses Monopol der Entwicklung der Ansichtspostkarte in Griechenland im Wege standen. Bei der Behandlung der geplanten Ansichtskartensteuer sei man sich in der Steuerkommission des Reichstages nicht klar darüber gewesen, ob eine Fabrikations- oder eine Verbrauchssteuer beabsichtigt sei. Beides sei unbedenklich oder nur mit größter Schwierigkeit möglich. Man hat ausgerechnet, daß diese Steuer jährlich 10 Millionen Mark ergeben solle, indem man einfach mit dem bisherigen Umfange rednete. Gewiß, die Sammelsteuer würde eine Steuer von 2 Pf. pro Karte nicht führen, da man Hunderte, ja Tausende von Mark für eine alte Briefmarte bezahle, die für jeden andern ein wertloses Stück

Papier sei. Die Herren Raden — dessen Antrag auf Besteuerung der Ansichtskarte wohl kaum seinem eignen Gehirne entsprungen sein dürfte — und Müller-Gulda hätten sogar noch eine Erhöhung des Umfanges beantragt. Dann mache man geltend, daß diese Steuer nur die besteuerten Kreise treffe, da nur der sie bezahlen müsse, der getroffen sein wolle, somit eine Steuer bezahle, die er sich selbst auferlegt. Diese Redensarten seien erklärlich, denn wer eine neue Steuer suche, mache sie dem schmackhaft, der sie bezahlen soll. Nun seien aber die Orte, wo die Herren Raden (Radon) und Müller (Gulda) domicilieren, nicht diejenigen, wo das richtige Verständnis für die Ansichtspostkarte gewonnen werden könne. Redner präziserte sodann das ablehnende Verhalten des Staatssekretärs im Reichspostamt gegenüber dieser Steuer und schilderte dann, daß in den Ländern mit lateinischer und englischer Münzwährung das Porto für die Ansichtspostkarte billiger sei als in Deutschland, das jetzt schon einen um 25 Proz. höheren Portofuß habe. Statt nun das Porto zu verbilligen, denke man an eine Erhöhung desselben. Der Unwille darüber könnte im Volke leicht so groß werden, daß man an einen zeitweiligen Boykott der Ansichtskarte denken müßte. Die Ansichtskarte ist dem Volke etwas Liebgewordenes, man habe hier mit einer Weltanschauung zu rechnen, und nicht alle Touristen, die ihren Lieben daheim ein Bild aus herrlichen Gegenden senden und sie so Anteil nehmen lassen an hohen Empfindungen und Gefühlen, sind mit einem biden Portemonnaie ausgerüstet, um diese Belastung leichten Herzens über sich ergehen lassen zu können. Die Ansichtspostkarte sei Reklamemittel für jeden einzelnen Ort, jede Stadt, jedes Kurort usw. geworden, ohne als Reklamemarte bestimmt zu sein. Darum sei es das Verheerendste und Kulturwidrigste, diese Karte zu besteuern. Als seinerzeit die gemöhnliche Postkarte 10 Pf. kostete, wolle sie sich absolut nicht einbürgern, mit der Verbilligung auf 5 Pf. begann sie ihren Siegeslauf in Deutschland. Welche Perspektiven eröffnen sich bei der Einführung dieser Steuer in der Praxis? Wer eine Karte ohne Steuerkarte verschickt, müßte wegen Steuerhinterziehung bestraft werden, wie bei jeder andern Steuerhinterziehung. Der Ausländer, der in Deutschland eine Karte nach seinem Heimatlande ausgibt, könnte gar nicht zur Bezahlung dieser Steuer herangezogen werden, da er durch bestehende internationale Verträge gedeckt sei. Mehrere Beispiele erläuterte der Redner noch eine ganze Reihe. Die Sache habe aber noch eine ernste Seite. Es könnte ein anderer Steuermobus gesucht werden und man könnte zur Fabrikationssteuer übergehen, wie das z. B. in bezug auf die Frau- und Zuderindustrie geschehen ist. Da aber Ansichtskarten nicht mit dem Hektoliter gemessen oder auf der Waage zu behandeln sind, sondern gezählt werden müssen, könne man sich ungefähr vorstellen, welche unendlichen Schwierigkeiten sich dabei herausstellen würden. Zu berücksichtigen sei dann, daß die Steuer im voraus von den Fabrikanten getragen werden müsse. Bei einer Anfertigung von etwa 100 Millionen Karten bedeute dies eine Vorauszahlung von einer Million Mark. Eine derartige Kapitalerhöhung im Betriebe sei unmöglich. Die kleinen Betriebe sind nicht in der Lage, ihr Betriebskapital in nennenswerter Weise zu erhöhen. Und dann weiß man nicht, ob die Karten, für die eine Steuer schon im voraus bezahlt sei, jemals verbraucht werden. Es sei gut, daß Arbeitgeber und -nehmer heute einig gegen dieses Steuerprojekt vorgehen, es darf aber außerdem an allen hierbei in Betracht kommenden Institutionen (Gewerkschaften, Magistrate, Reichstag, bei Bundesregierungen usw.) nicht vorübergegangen werden, um diese Schädigung des graphischen Gewerbes abzuwehren zu können. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen war folgende Resolution eingegangen: Die am 26. Februar in der „Albertshalle“ versammelten 3500 Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber des graphischen Gewerbes erklären, daß die aufblühende Postkartenindustrie mit ihrer Beherrschung des Weltmarktes eine schwere Schädigung durch die am 1. März 1906 in Kraft tretenden Handelsverträge und Zolltarife der europäischen Staaten erlitten hat; daß eine weitere empfindliche Schädigung durch die von der Steuerkommission des Reichstages beschlossene Zigarettensteuer eintreten wird; daß ferner die beschlossene Besteuerung der Ansichtspostkarten zur Folge haben muß, daß ein erheblicher Rückschlag im Verbrauch von Ansichtskarten eintreten wird, und daß dadurch ein neuer, noch nicht übersehbarer Schaden für die beteiligte Industrie eintreten muß. Die Folge wird sein, daß erhebliche Arbeitslosigkeit weiterer Berufskreise eintritt und der sozial und wirtschaftliche Schaden unermeßlich wird. Die Verwendung der Ansichtskarten ist zu einem Bedürfnis des Volkes geworden und dient künstlerischen, bildnerischen und erzieherischen Zwecken. Die Versammlung protestiert deshalb gegen eine Besteuerung der Ansichtskarten als ein kultur-, bildungs- und verkehrsfeindliches Unternehmen. Die Versammlung richtet an den Reichstag das Ersuchen, der geplanten Steuer seine Zustimmung zu verweigern und beauftragt die Leitung der Versammlung, diese Resolution dem Reichstage zu übermitteln. In der hierauf einsetzenden Diskussion bezeichneter ein Arbeitgeber, Herr Schreiber, die beabsichtigte Besteuerung des graphischen Gewerbes als eine Besteuerung der schwarzen Kunst und ergänzte die Ausführungen der beiden Referenten in den verschiedensten Punkten. Herr Dr. Pfeiffer redete einem Zusammengehen der Arbeiter mit dem Liberalismus das Wort. War bisher der Verlauf der Versammlung ein imposanter und eindrucksvoller, ja geradezu musterbildiger zu nennen gewesen, so änderte sich jedoch die Sachlage,

als Reghäufer nunmehr im Auftrage des Verbandsvorstandes erklären wollte, daß sich der Verband der Deutschen Buchdrucker dem Protokolle der heutigen Versammlung anschließen. Kaum hatte der Leiter der Versammlung, Kollege Engelbrecht, dem Schreiber dieser Zeilen das Wort erteilt, als ein ohrenbetäubendes Geschrei in der Versammlung ausbrach. Von allen Seiten wurden Rufe wie: „Gump“, „Schuft“, „Denunziant“ laut, in die sich das Verlangen mischte: „Schmeißt ihn raus!“ Es war, als sei die Hölle losgelassen. Nur mit der größten Anstrengung konnte sich der Vorsitzende Ruhe verschaffen, um der Versammlung begreiflich zu machen, daß ein solches Beginnen ein vorzeitiges und gewaltames Ende der Versammlung herbeiführen müsse und damit deren Zweck verfehlt sei. Reghäufer spreche hier als Arbeiter des graphischen Gewerbes und dazu habe er ein Recht. Da ein Versammlungsteilnehmer verlangte, Reghäufer das Wort nicht zu erteilen, ließ der Vorsitzende abstimmen, ob in der Diskussion fortzufahren werden solle. Dies wurde mit überwältigender Mehrheit beschloffen und konnte Reghäufer sodann ungehört seine kurzen Mitteilungen machen, denen er zum Schluß anfügte, daß wenn die Versammelten ihren Zweck seiner Person gegenüber erreichen wollten, sie die Institutionen anrufen müßten, die für die Befreiung seiner Person von seinem Posten in Frage kämen. Mit derartigen Demonstrationen sei seiner Person gegenüber nichts zu erreichen. Lauter Beifall aus den Kreisen der amnestierten Buchdrucker bekräftigte diese Auffassung. Nach inszwischen erfolgter einstimmiger Annahme der Protokollresolution hatte sich mein Interesse an dem weiteren Verlaufe der Versammlung erschöpft. L. R.

Korrespondenzen.

S. Warmen. Wir stehen im Zeichen der Tarifbewegung. Das Versammlungsleben gestaltet sich darum etwas interessanter. Diese Tatsache konnten auch wir von unsrer am 18. Februar im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltenen Ordentlichen Hauptversammlung konstatieren. Das Barometer stand auf Sturm. Eingang der Tagesordnung gab der Vorsitzende das Protokoll Nr. 20 des Gauvorstandes bekannt, worauf derselbe den Jahresbericht erstattete. Aus demselben war zu ersehen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr im allgemeinen als ein befriedigendes zu bezeichnen ist, indem es uns gelang, drei Firmen am hiesigen Orte sowie eine Firma in Schwelm resp. Burg a. d. W. zur Anerkennung des Tarifes zu bewegen. Der Mittelbestand betrug am Anfang 217, am Schluß des Jahres 225 Mitglieder. Die Firma D. W. Wiemann in Warmen steht noch immer isoliert als Gegner unserer Tarifikommission da. Wenn gleich die Bezahlung die tarifliche Minimalgrenze streift, so kann doch von tarifmäßigen Zuständen keine Rede sein. Selbstverständlich liegt auch hier die Schuld bei der alten „Seißgarbe“ (25 an der Zahl), die mit den dortigen Zuständen vollauf zufrieden zu sein scheint. Nach Erledigung des Kassenberichtes wurde zur Wahl geschritten, die eine Wiederwahl des Vorstandes zur Folge hatte: Klinkau, erster Vorsitzender; Richardt, Kassierer; Koch, Stellvertreter. Für den aus dem Bezirke scheidenden bisherigen Schriftführer wurde Kollege Strata gewählt. Eine sehr lebhaft debattierte Entspannung fand am Punkte „Tarifliches“, die mit der Wahl einer neungliedrigen Kommission unter Hinzuziehung des Bezirksvorstandes endigte, und zwar wurden von Warmen drei, Reinscheid zwei, Schwelm zwei, Burg a. d. W. resp. Gwelsberg je ein Kollege gewählt. Die Kommission hat die Aufgabe, eventuelle Änderungsanträge zum Tarife zu stellen und mit dem Gauvorstande hierüber Fühlung zu nehmen. Unter andern gelangte ein Antrag Thellen-Schwelm zur Annahme, auf die Tagesordnung der nächsten Ordentlichen Bezirksversammlung als ersten und vornehmsten Punkt „Tarifliches“ zu setzen. Leider nahmen rein persönliche Reibereien einzelner Kollegen wieder ein gut Teil Zeit in Anspruch, die recht störend auf die Versammlung wirkten. Es ist bedauerlich, daß es Kollegen gibt, die schon mit dem Vorhabe, „Rach zu schlagen“, zur Versammlung gehen, um auf diese Weise dem Vorstande das Amt zu erschweren. Hoffen wir, daß die nächste Bezirksversammlung, die in Gwelsberg — dem neu gewonnenen Orte — stattfinden soll, sich in ruhigeren Bahnen bewegt als die obige, damit bei den „Neulingen“ nicht ein unglücklicher Eindruck zurückbleibt.

Rz. Berlin. Brandenburgischer Maschinen- fahrerverein. In der Vereinsversammlung vom 4. Februar gab der Vorsitzende einige äußerst drastische Fälle bekannt, die in bezug auf Konditionsangebote bei einem im April dieses Jahres ins Leben tretenden Unternehmen in Erscheinung getreten sind. Aus alledem geht hervor, daß sich ein großer Teil der Kollegenhaft um die fortgesetzten Bekanntmachungen der Verbandsinstitutionen, vor Konditionsannahme Erwidigungen einzuleiten, wenig kümmere. Bei der Berichterstattung über den von Herrn Dr. Fischer in der Gauversammlung gehaltenen Vortrag über Hygiene im Buchdruckgewerbe wurde auch der höchst unheimlichen sanitären Zustände in den Berliner Betrieben gedacht und vom Vorstande bemerkt, daß er aus diesem Grunde demnächst eine eingehende Enquete über Raum-, Licht- und Luftverhältnisse in den Segmaschinentrieben Berlins veranstalten werde. Weiter wurde eines kranken Falles gedacht, wonach ein Monteur der Mergenthaler Segmaschinentabrik sich in einem Zeitungsbetriebe in einer Ur-Verfälschung über die Gezer der Geschäftsleitung gegenüber erlaubt hatte, die als eine Denunziation, welche durch nichts begründet sei, bezeichnet werden müsse. Der

Vorstand empfahl, solche Uebergriffe auf keinen Fall einzuflecken, vielmehr scharfe Gegenmaßnahmen im Wiederholungsfall zu treffen. Als Delegierte für den ersten deutschen Maschinenkongress wurden die Kollegen Elsner (Typographischer), Höhne, Körber, Musial (Linotypischer) gewählt. Der Vorsitzende erläuterte namentlich in eingehender Weise das Arrangement des Kongresses. Unter „Technisches“ besprach der Berichterstatter Kopf ganz besonders die in letzter Zeit erschienenen Artikel über die Praxis der Monotypemaschinen. Er bekräftigte es lebhaft, daß sich auch unter dieser neuen Spezies Kollegen befänden, die den Neffamegekliffen in entscheidender Weise entgegengetreten, aber in objektiver Weise Vorzüge und Schäden der Maschine in der Fachpresse behandelten. Ganz besonders scharf aber rügte er den Standpunkt des Verfassers eines Umwehrartikels im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“, worin genannter Herr in naiver Weise fragt, was denn die Monotypiegießer in einer Stunde pugen sollten, eine halbe Stunde genüge. Diese Aeußerung trage doch allzu sehr den Neffamegeruch und lasse nahe Beziehungen zur Betriebsgefelligkeit vermuten. Was die Gezer anderer Systeme an Zeit für das Säubern der Maschine gebrauchten, gebrauchte jedenfalls der Monotypiegießer des noch komplizierteren Mechanismus wegen erst recht! Wenn man in dieser Weise sich Neffame zu treiben, so werden sich schnell genug Fachmänner finden, die dieses Sand in die Augen streuen kennzeichnen werden. Unter anderen Erörterungen wurde außerdem einer Briefkastennotiz der „Buchdruckernoch“ über Leistungen der Linotypiegezer in anerkennender Weise gedacht.

Th. Bremen. In der Bezirksversammlung vom 22. Februar wurden zunächst einige Vereinsmitteilungen entgegengenommen und sodann noch folgende Bewilligungen von Feuerungszulagen bekanntgegeben: Homeyer & Meyer drei Gehilfen je 2 Mk., 2 Gehilfen je 1,50 Mk.; Dierksen & Wächter drei Gehilfen je 1 Mk.; Zimmermann ein Gehilfe 2 Mk. Ein Vortrag des Herrn Dr. Kalt-hoff über „Die soziale Ethik des alten Testaments“ mußte leider wegen Erkrankung des Referenten ausgesetzt werden. Dem Kassierer wurde für die Abrechnung vom vierten Quartale Decharge erteilt. Die Auffstellung der Kandidaten für den Gauvorstand zeitigte die Wiederherstellung der alten Amtsinhaber; ebenso wurden die beiden bisherigen Beisitzer, welche Bremen zu wählen hat, wieder gewählt. Dem Vorstande überwies die Versammlung eine bestimmte Summe zu einer am 18. März abgushaltenden Abendunterhaltung. Die diesjährige Johannistage wird wieder in Liliental gefeiert. Ein Antrag, die „Versammlungsreform“ einer Diskussion zu unterziehen, wurde damit erledigt, daß sich die Versammlung in dieser Frage die Ansicht des Vorstandes zu eigen machte, welche dahin geht, daß die Mitglieder pünktlich zur Versammlung erscheinen mögen, während der Tagung die größte Ruhe zu bewahren, das Rauchen ganz einzustellen und sonst alles vermeiden mögen, um die Versammlung zu sichern. Ebenso möge im Verkehr der Kollegen untereinander immer an erster Stelle das Kollegiale zum Ausdruck kommen. Am Schluß der Versammlung erging die Aufforderung an die stimmgebenden Kollegen, dem jetzt kräftig aufblühenden Gesangvereine Gutendberg beizutreten. Übungen Donnerstagsabends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokale.

O. B. Erfurt. Auch unser Maschinenmeisterverein ist im Wachsen begriffen. In der in Göttingen tagenden Quartalsversammlung am 18. Februar waren von dort nunmehr 44 Mitgliedern aus Erfurt 16, Götting 7, Eisenach 8 (nebst zwei Gästen) und Mühlhausen mit einem vertreten. Wir möchten hoffen, daß die uns noch fernstehenden Kollegen sich endlich einmal auflassen und nicht tatenlos zusehen, denn Einigkeit macht stark! Der Besuch der Leipziger Kollegen zu ihrem zehnjährigen Stiftungsfeste wurde warm empfohlen, da die Befestigung des Buchgewerbehauses für sich allein schon lohnend sei. Durch die Erfindung des neuen Kreidreliefverfahrens aus München war uns in entgegenkommender Weise reichlich Material zu einem Referate über dieses Patent zur Verfügung gestellt. Das Urteil der Kollegen ging dahin, daß dies die beste der bisherigen Erfindungen sei und wohl eine Zukunft habe. Mit der Auffstellung eines Delegierten und eines Ersatzmannes zum Osterkongresse war die Tagesordnung erledigt. Nach Annahme einiger interner Beschlüsse wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

St. Ingolstadt. In der diesjährige Hauptversammlung war gut besucht. Aus dem Berichte des Vorsitzenden Weeber ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse am hiesigen Platze in sämtlichen sechs Offizinen in tariflicher Beziehung annehmbare sind. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und zeigten eine rege Anteilnahme der Kollegen an den gewerkschaftlichen Fragen. Für technische Weiterbildung sorgte der Typographische- und der Maschinenmeisterklub. Die A. Harburgerische Buchdruckerei ging mit dem 1. Juli v. J. an die Herren Frik und Wilhelm Mayer (letzterer B.-M.) über. Der Besitzwechsel ist von uns Gehilfen insofern zu begrüßen, als seitdem in dieser Offizin ein guter Geschäftsgang bemerkbar ist und nur Verbandsmitglieder und keine Lehrlinge dort stehen. Die kleinste und jüngste Druckerei am hiesigen Platze (Frik Neßdorf) ist eingegangen durch Verkauf. Die Kassenverhältnisse sind günstig. Am Anfang des Jahres betrug die Mitgliederzahl 65, denen 5 Nichtverbandsmitglieder gegenüberstehen. Die Vorstandswahlen ergaben keine wesentliche Veränderung. Außer dem Johannistage wurden keine Vergünstigungen abgehalten, da es hier an solchen nicht fehlt. Mit einem warmen Appelle an die Kollegen, unsrer Organisation stets treu zu bleiben und

nach besten Kräften für dieselbe zu arbeiten, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Frankenberg i. Sa. Am 16. Februar begingen in der Buchdruckerei von C. G. Koberger der Kollege Ernst Hübel und der Expedient Adolf Richter ihr fünf- undzwanzigjähriges Geschäftsjubiläum. Der Chef, Herr Ernst Koberger, wollte den Tag nicht so vorübergehen lassen und hatte daher sein gesamtes Personal für den Abend zu einer Jubiläumssfeier eingeladen. Bei Eröffnung der Festtafel überreichte der Gastgeber den beiden Jubilaren unter herzlichsten Worten der Anerkennung für geleistete Dienste je ein wertvolles Geschenk wie auch im Auftrage des Deutschen Buchdruckervereins zwei Glückwunschkarten. Im Namen der Stadt überreichte der Bürgermeister Dr. Jäger mit einer längeren Ansprache den Jubilaren die üblichen Diplome. Selbstverständlich trugen einige Lieber, diverse Festreden sowie Vorträge aus dem Personale zur Unterhaltung und Erhöhung der Stimmung viel bei. Bestehen in Frankenberg auch vier Druckereien, so kommt für die Kollegen doch nur die oben erwähnte als Tarifdruckerei in Betracht.

Hamburg. (Nordwestdeutscher Buchdrucker-Verein). Den Satzungen gemäß ist die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses vorgenommen. In denselben sind gewählt: R. Bullerbiek, Vorsitzender; G. Biedorf, stellvertretender Vorsitzender; L. Fricke, Kassierer; H. Martens und Ewald Michaelßen, Schriftführer. Die Buchdrucker-Gesangsvereine, die sich bisher noch nicht entschlossen haben, dem Bunde beizutreten, sind freundlichst gebeten, vom Vorsitzenden R. Bullerbiek, Hamburg 21, Humboldtstraße 20, III, die Satzungen einzufordern. Da in nächster Zeit die Satzungen verschickt werden sollen, wollen die beizutretenden Vereine gefälligst die Zahl ihrer Sänger an die obige Adresse und Geldbindungen an den Kassierer L. Fricke, Hamburg 22, Heitmannstraße 32, pt., gelangen lassen.

Heidelberg. Die am 18. Februar abgehaltene Jahreshauptversammlung unsers Bezirksvereins war von den hiesigen wie auswärtigen Mitgliedern gut besucht und wurde durch den von der Gesangsabteilung Typographia stimmungsvoll zu Gehör gebrachten Chor „Mein Hoch dem Verband“ eingeleitet. Nach Genehmigung von vier Aufnahmegesuchen erstattete der Vorsitzende Schneider den Jahresbericht für 1905, aus dem hervorging, daß das abgelaufene Vereinsjahr durch den zu Ostern hier abgehaltenen Gautag, durch die Dresdener Generalversammlung und sonstige Angelegenheiten ein arbeitsreiches war, während es in finanzieller Hinsicht, hauptsächlich durch niederen Krankenstand, als ein selten gutes zu bezeichnen ist. Die Geschäfte wurden erledigt in zwei Haupt- und neun Monatsversammlungen, deren Besuch mit Ausnahme der beiden ersten ein mittelmäßiger war. Mitgliederstand Ende 1905: 101, darunter drei Prinzipale und vier vom Berufe Abgegangene; außerdem drei Invaliden. Die Gesamteinnahmen der Verbands- und Kauflage betrugen 6103 Mk., die Ausgaben 2915,38 Mk. Die tariflichen Verhältnisse am Wortorte sind geordnet; doch war der Vorstand wiederholt genötigt, wegen verschiedener Verstöße gegen den Tarif, die sich einige Firmen zuschulden kommen ließen, mit Erfolg vorstellig zu werden. In den zum Bezirke gehörigen 13 Druckorten dagegen bleibt in puncto Tarif noch viel zu wünschen übrig. Die Zahl der Segmaschinen hat sich um eine Linotype sowie um eine Monoline vermehrt, was zur Folge hatte, daß zwei jüngere Mitglieder in der Vereinsdruckerei ihre Plätze verlassen mußten. Die Gesamtzahl der Segmaschinen in unserm Bezirke beträgt nunmehr acht (sechs Linotypes am Wortorte, je eine Monoline in Mosbach und Wiesloch). Der „För.“ ist seit dem 1. Oktober obligatorisch eingeführt, auf jedes Mitglied ein Exemplar. Auf Antrag unsers Bezirksvereins, dem auch die Prinzipale zustimmten, hat der Bütgerausschuß mit Wirkung vom 1. Oktober 1905 ab beschloffen, daß die Lehrlinge unsers Gewerbes verpflichtet sind, bis zum 18. Lebensjahre die Gewerbeschule zu besuchen, wo sie außer in den Elementarjahren Unterricht im Freihand- und Fachzeichnen, Zuplatenschnitt usw. erhalten. Den Gehilfen steht es frei, sich an letztgenannten Kursen ebenfalls zu beteiligen; eine Einrichtung, von der auch eine Anzahl der Kollegen Gebrauch macht. Im Gewerkschaftskartelle, Gewerbegerichte und Ortskrankenkasse waren wir wie im Vorjahre vertreten, außerdem wurde der zweite Vorsitzende, Kollege Kaufsch, als Schiedsgerichtsbeisitzer der Landesversicherungsanstalt Baden gewählt. Hierauf schloß sich der Bericht des Kollegen Maurer über das Gewerkschaftskartell. Der sodann vom Kassierer erstattete Kassenbericht der Bezirks- und Frankengeldzuschüsse wies befriedigende Ergebnisse auf. Eine Statutenänderung beider Kassen hatte die Regelung der Remuneration des Bezirksvorstandes und der Druckereikassierer sowie der Erhöhung der Krankenunterstützung von 3 auf 4 Mk. pro Woche zum Gegenstande und fand Annahme. Desgleichen der Antrag der Gesangsabteilung Typographia, die auch im verflochtenen Jahre zur Hebung und Pflege der Kollegialität ihr gut Teil beitrug, einen Zuschuß von 60 Mk. zu gewähren. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß auf das Besuch und Gewährung einer Feuerungsulage, welches der Vorstand kürzlich an die Prinzipale richtete, noch keine Antwort erfolgt sei. Aus dem Berichte der Vertrauensmänner war zu entnehmen, daß dieses Gesuch unter Hinweis auf die bevorstehende Tarifrevision vom Prinzipalvereine abgelehnt worden sei. Deswegen soll durch einen Ausflug in den Odenwald (nach Neckarelz-Mosbach) begangen werden. Nachdem sodann noch einige weitere Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte die Neuwahl des Bezirksvorstandes, die für den Posten des Kassierers, des Schrift-

führers und des Bibliothekars eine Aenderung brachte, während die übrigen Vorstandsmitglieder wieder gewählt wurden. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Kaufs und Maurer gewählt. Nach einem Appelle an die Mitglieder, auch im begonnenen neuen Jahre, das im Zeichen der Tarifrevision stehe, ihrer Pflicht als Verbandsmitglieder eingedenk zu sein und den Vorstand durch rege Mitarbeit zu unterstützen, schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf unsere Organisation die Versammlung, worauf die Typographia noch den Chor „Der beste Berg“ zum Vortrage brachte.

K. Mainz. Die Mainzer Typographia (Vokalverein) hielt am 10. Februar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Conradi erstattete seinen Jahresbericht, welcher ein umfangreiches Resümee des abgelaufenen Geschäftsjahres sowie über die Tätigkeit der Typographia gab. Entnommen sei hieraus, daß sich das 38. Vereinsjahr würdig an seine Vorgänger anreihen kann. Bei einem wöchentlichen Beitrage von 10 Pf. leistet die Typographia bei Konditionslosigkeit 1, 2 und 3 Mk. nach einer Karenz von 50, 100 und 150 Wochen. Die Ausgaben hierfür betragen pro 1905 415,95 Mk., gegen das Vorjahr eine Abnahme von 7,95 Mk., was immerhin, wenn auch nur minimal, von einer günstigen Arbeitsgelegenheit zeugt. Auch hatte die Typographia im vergangenen Jahre wiederholt Gelegenheit, in die Öffentlichkeit zu treten. So unter anderem gelegentlich einer am 26. Februar seitens der fachtechnischen Abteilung arrangierten Ausstellung Mainzer Druckerzeugnisse. Bei Eröffnung derselben war der verstorbene Oberbürgermeister Dr. Wagner, der sich stets für die schmale Kunst interessierte, ebenso der Leiter des Gutenbergmuseums, Prof. Dr. Welke, wie auch eine große Anzahl Prinzipale erschienen. Im fernern auch bei dem Besuche des Gutenbergmuseums durch die Typographischen Gesellschaften von Frankfurt, Offenbach, Hanau, Darmstadt, Mannheim und Worms am 3. September. Der Dank sei an dieser Stelle nochmals Herrn Professor Dr. Welke für seine wertvolle Führung durch das Museum ausgesprochen. Auch der Gleichmacher Tod glaubte uns in diesem Jahre nicht verschonen zu können. So entriß er uns die Kollegen Karl Sack und Jakob Bodenheimer, letzterer war Ehrenmitglied und gehörte dem Vereine 33 Jahre an. Die Rechnungsablage des Kassierers ergab folgendes: Die Einnahmen betragen 1308,41 Mk., die Ausgaben 1251,62 Mk., mit hin Ueberschuß 56,79 Mk. Gesamtvermögensbestand am 1. Januar 1906 2796,56 Mk. bei einem Mitgliederstande von 268. Auf eine vollständige Umgestaltung der Bibliothek und den Neudruck des Kataloges wurde die Summe von 212 Mark verwendet. Der Bericht des Bibliothekars hat eine erhöhte Frequenz zu verzeichnen. Während im Vorjahre die den Lehrlingen zur Verfügung stehende Bibliothek nicht benutzt wurde, ist in dem vergangenen Jahre deren Teilnehmerzahl auf zwölf gestiegen. Gewiß ein gutes Zeichen des Bildungs- und Wissensdranges dieser jungen Leute. Der Bericht des Vorsitzenden der fachtechnischen Abteilung, die als Zweig der Typographia sich die technische Weiterbildung der Mitglieder durch instruktive Vorträge, Zeichen- und Stizierkursus für Seger, Prägedruck für Maschinenmeister zur Aufgabe machte, wies gleichfalls gute Resultate auf. Die wöchentlichen Unterrichtsstunden werden von beiden Seiten gut besucht und sind schöne Leistungen zu verzeichnen. Einem lange gehegten Wunsche entsprechend machte sich die seit drei Jahren bestehende fachtechnische Abteilung vom 1. Januar dieses Jahres ab selbstständig durch Gründung eines eignen Vereins mit einem monatlichen Beitrage von 25 Pf.

München. Die Ordentliche Generalversammlung vom 11. Februar war von etwa 350 Kollegen besucht, ein Besuch, der zwar noch nicht der Mitgliedschaft entsprechend ist, der aber doch eine gute Aussicht eröffnet und zu der Hoffnung berechtigt, daß man in diesem Jahre den Vorgängen in der Organisation größeres Interesse entgegenbringen wird. Nachdem fünf Kollegen Aufnahme in den Verband gefunden, wurde mitgeteilt, daß man einem um Aufnahme nachsuchenden Maschinenmeister, der erst in späteren Jahren den Beruf erlernte, aufgab, sich der Lehrlingsprüfung zu unterziehen. Besteht er diese, so steht auch seiner Aufnahme nichts im Wege. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde darauf hingewiesen, daß kürzlich in einer Korrektorenversammlung die Verhältnisse der hiesigen Korrektoren besprochen wurden. Der Ausschuß erhielt dabei Kenntnis, daß in einer größten Offizin von einigen Kollegen Heimarbeit verrichtet wird. Man nahm Veranlassung, mit dem Prinzipalsvertreter diesbezüglich Rücksprache zu nehmen, um eine Beseitigung dieses unartikularischen Zustandes herbeizuführen. Die Sache wurde dann auch sofort geregelt und erklärte sich die betreffende Firma bereit, einen weiteren Korrektor heranzubilden, damit die Arbeit im Geschäft ihre Erledigung finden kann. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgeteilt, daß hierorts auch einige Nichtdruckdrucker zu ganz minimalen Lohnfüßen als Korrektoren beschäftigt sind. Da begründete Aussicht besteht, daß diesmal die Korrektoren Aufnahme in den Tarif finden, so steht zu erwarten, daß man dann auch diesem Mißstande erfolgreich entgegenzutreten kann. Um die Stellenvermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis immer mehr zu verallgemeinern, hat man sich auch in dieser Beziehung, einem Beschlusse einer früheren Versammlung Folge leistend, an die Prinzipale gewandt. In der entgegenkommendsten Weise wurde dem Ansuchen der Gehilfen entsprochen und ein Zirkular an sämtliche tariffreie Firmen Bayerns hinausgegeben, in dem aufgefordert wird, nicht nur bei Bedarf von Ausschilfskräften sich des Arbeitsnachweises zu bedienen, sondern auch, wenn es sich um Konditionen

von längerer Dauer handelt, und hauptsächlich auch, wenn Spezialkräfte in Frage kommen. Da in dem Zirkulare aber noch besonders betont wird, daß die Herren Chefs auch ihre Prokuristen und Faktoren diesbezüglich instruieren sollen, so steht zu erwarten, daß der insbesondere von letzterer Seite so oft ignorierte Arbeitsnachweis nun endlich einmal breiteren Fuß fassen kann. Dem Jahresberichte des Vorstandes, der den Mitgliedern bereits im Drucke vorlag, war zu entnehmen, daß sich auch das 1905 Jahr wiederum in ruhigen Bahnen bewegt, und daß die tariflichen Verhältnisse zufriedenstellende zu nennen sind. Im Vereine selbst aber herrschte frisch pulsierendes Leben. In bezug auf das Lehrlingswesen erscheint eine Besserung sehr notwendig, denn sehr oft konnte man die Beobachtung machen, daß die Lehrlingskassa bis auf die äußerste Grenze ausgenutzt wird. Die dadurch bedingte immer größer werdende Arbeitslosigkeit erfordert schwere Opfer und Kaufende von Mark müssen alljährlich für unsere Arbeitslosen ausgegeben werden. Die Gehilfenschaft hat infolge dieser Verhältnisse alle Veranlassung, an die Prinzipalität zu appellieren, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Lehrlings-einstellung einigermaßen einzudämmen. Eine am 9. Januar 1905 behufs Besprechung einiger tariflicher Punkte einberufene Sitzung zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern führte zu einer regen Aussprache und einheitlicher Auffassung der gegebenen Verhältnisse und bald hernach erschien auch der bereits im Vorjahre im „Korr.“ veröffentlichte Ministerialekt betreffend die Vergütung von Druckarbeiten an nur tariffreie Firmen. Wenngleich dieser Erlass auch für München nicht von wesentlicher Bedeutung ist, so kann doch München durch die Besserung, die in den kleineren Provinzstädten hervorgerufen wird, indirekt Nutzen ziehen. Diese Besserung kommt zum Ausdruck durch immer weitere Ausbreitung des Tarifes und durch die Beachtung, die man allseitig den Bestrebungen der Tarifgemeinschaft entgegenbringt. Das Tarifschiedsgericht wurde einmal in Anspruch genommen. Fünf Fälle erledigten sich durch persönliche oder schriftliche Vermittlung, vier wurden zugunsten der klagenden Gehilfen entschieden, in einem Falle wurde die klagende Firma abgewiesen und ein Fall ist noch unerledigt. Sitzungen wurden zwei abgehalten. Die Klagesfälle betrafen hauptsächlich Entlassung ohne Kündigung und Differenzen wegen Feiertags- und Ueberstundenentgeltabgung. Bezüglich des paritätischen Arbeitsnachweises war zu konstatieren, daß die Benutzung durch die tariffreien Firmen in- und außerhalb Münchens zugenommen hat, aber leider immer noch nicht in dem allseitig erwünschten Maße. In dem Berichte wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß uns das neue Vereinsjahr in bezug auf eine geordnete Arbeitsvermittlung wiederum ein gutes Stück vorwärts bringen wird. Die Zahl der Segmaschinen stieg von 50 auf 52 Stück; hiervon sind 25 Kinotypes, 21 Typographen und 6 Monolines. An den 52 Maschinen sind beschäftigt 82 Gehilfen (gegen 75 im Vorjahre). Hiervon gehören 78 dem Verbands an. Die Böhne bewegen sich zwischen 33,10 und 45 Mk. Tarifliche Differenzen sind im Segmaschinenbetriebe im Berichtsjahre nicht vorgekommen. Bei der am 1. März aufgenommenen Statistik über die im Buchdruckergewerbe beschäftigten Gehilfen wurde für München eine Gesamtgehilfenzahl von 1622 festgestellt. Hiervon waren 144 arbeitslos oder krank. Verbandsmitglieder waren zu verzeichnen 1427, Nichtverbandsmitglieder 195. Schriftgießer und außerhalb des Berufes tätige Kollegen sind hierbei nicht mit eingerechnet. Von der Bibliothek kann eine ausgiebige Benutzung gemeldet werden, und zwar sind 2284 Besuche verzeichnet, 276 Behlänge mit eingerechnet, welche insgesamt 2740 Bücher benutzten. Die Zahl der Bibliotheksabende stieg von 38 im Vorjahre auf 51. Der Bücherbestand wurde um 51 Werke vermehrt und beträgt der Gesamtbestand zurzeit 1574 Bände. Für den Gewerkschaftsverein besitzerte die der Beitrag auf 1080,20 Mk. Als freiwillige Beiträge an andere Gewerkschaften wurden an dem Gewerkschaftsverein abgeliefert 2486,73 Mk. Der Mitgliederstand ist im Jahre 1905 von 1460 auf 1545 gestiegen. Als arbeitslos verzeichnete die Mitgliedschaft im Jahre 1905 insgesamt 553 Kollegen mit 26855 Tagen, als krank 519 Kollegen mit 22464 Tagen. Die Ausgsteuerunterstützung wurde von 38 Arbeitslosen an Orte mit 1387. Tagen in Anspruch genommen. In 19 Sterbefällen kam das Sterbegeld des freiwilligen Hilfsfonds zur Auszahlung im Betrage von je 120 Mk. Die Kassenverhältnisse der Mitgliedschaft erfreuten sich trotz starker Inanspruchnahme einer gesunden Basis. Einnahmen waren zu verzeichnen 34653,91 Mk., Ausgaben 27724,20 Mk. Das Vermögen der Mitgliedschaft stieg von 18716,11 Mk. auf 25645,82 Mk. - Der Beitrag ist wie im Vorjahre 45 Pf., mit Verbands- und Gaubeitrag 1,60 Mk. Die Gesamtausgabe der hierorts ausbezahlten Unterstützungen belief sich auf 87736,26 Mk. Bei der Diskussion über den Jahresbericht wurde unter anderem auch die Anfrage gestellt, welche Schritte bezüglich der unter den gegebenen Verhältnissen so notwendigen Teuerungszulage in Aussicht stehen. Diese Anfrage fand vom Vorsitzenden sofort Beantwortung und präzisierete derselbe in eingehender Weise seinen Standpunkt. Er hielt es für taktisch unrichtig, daß man jetzt, kurz vor der Tarifrevision, mit dem Ersuchen an die Prinzipale herantritt, eine Zulage zu gewähren, denn in wenigen Monaten werden wir von unseren Arbeitgeberern fordern, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und eine Verringerung auf die Dauer zu schaffen. Läßt man sich jetzt mit einer Teuerungszulage abweisen, Zulagen, die oft einem Umfassen sehr ähnlich sehen, und die meistens nur den gut angeführten Gehilfen in den Geschäften

gewährt werden, so stehe zu befürchten, daß diese Aufbesserungen den Prinzipalen bei den demnächst stattfindenden Tarifberatungen ein Handbrot geben, die Forderungen der Gehilfen zu brüden. In München wird man dafür aber diesmal sein Hauptaugenmerk darauf richten, daß in der statistisch nachgewiesenen teuersten Stadt Deutschlands ein entsprechend höherer Lokalaufschlag gewährt wird. Diese Auffassung wurde auch größtenteils von der Versammlung geteilt, und fand ein eingehender Antrag eine Teuerungszulage zu fordern, durch Uebergang zum Tagesordnungserledigung. Bei der Festsetzung des Disbeitrages wurde von der Vorstandschaft vorgeschlagen, den Beitrag wie bisher zu belassen. Gegen den Vorschlag wurden zwar einige Stimmen laut, auch hielt man vereinzelt infolge des großen 7000 Mk. betragenden Ueberschusses eine Verabsehung für möglich. Es bedurfte aber nur eines kurzen Hinweises auf die ernste Zeit, der wir entgegengehen, einer Zeit, in der das Geld unter Umständen sehr gute Dienste leistet, um die Versammlung von der Notwendigkeit des bisherigen Beitrages zu überzeugen. Mit anerkennenswerter Einmütigkeit wurde dann auch der Vorschlag der Vorstandschaft akzeptiert. Der Beitrag beträgt somit für das kommende Jahr wiederum 1,60 Mk. Der Vorsitzende sprach hierauf im Namen der Vorstandschaft seinen Dank aus für die bekundete Opferwilligkeit, die notwendig sei, um gegen alle Eventualitäten geschützt zu sein, und um eventuell das erkämpften zu können, was wir erreichen wollen. Hierauf schritt man zur Neuwahl der Vorstandschaft. Diese ergab die Wiederwahl sämtlicher amtierenden Kollegen, nur wurde an Stelle des bisherigen zweiten Schriftführers Schünigl Kollege Söbner gewählt.

München. Der Fachverein der Schriftgießer, Stereotypen, Galvanoplastiker, deren Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, hielt am 28. Januar seine Ordentliche Generalversammlung ab. Vom Kollegen Stubenbaum wurde die Versammlung eröffnet. Nach Genehmigung des Kassenberichtes erfolgte die Neuwahl des Ausschusses. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Hermann Dreißholz neu, als Kassierer Kollege J. Gähler wieder gewählt. Am 18. Januar fand die Monatsversammlung statt. Hauptsächlichlich sah sich der Fachverein mit der Wahl eines Delegierten zur Besichtigung des Kongresses beschäftigt. Als Delegierter wurde Kollege H. Feichtmayer gewählt. (Bericht eingegangen am 24. Februar.)

Münchenberg. Eine Frage von prinzipieller Bedeutung stand in der Mitgliederversammlung vom 18. Februar zur Debatte. Von Seiten des Vorstandes war einem Mitgliede wegen Nichtannahme einer zugewiesenen tariflichen Kondition die Arbeitslosenunterstützung vorläufig verweigert. Der betreffende Kollege hatte eine seit etwa acht Jahren innegehabte Stellung verlassen, weil von Seiten der Firma seinem Verlangen nach Lohnzulage nicht entsprochen wurde. Vom Arbeitsnachweise wurde ihm nun eine Ausschilfskondition von zwei bis drei Wochen Dauer nachgewiesen, welche er jedoch nicht annahm, da ihm nur das Minimum gezahlt werden sollte, er aber früher über dasselbe entlohnt und sogar wegen Nichtbewilligung seiner höhern Forderung aus seiner Stellung ausgesparten war. Sämtliche Redner vertraten den Standpunkt, daß hier eine Entziehung der Unterstützung nicht am Platze sei. Es würde dies für die Prinzipalität eine Prämie und die Aufforderung sein, ja nicht über Minimum, welches ohnehin schon beinahe das Maximum sei, zu bezahlen; weil die Gehilfen durch eine solche Maßregel tatsächlich gezwungen seien, jede Minimumkondition anzunehmen, was doch jedenfalls nicht im Interesse des Verbandes liege und auch bei Schaffung der diesbezüglichen statistischen Bestimmungen nicht beabsichtigt sei. Da die Angelegenheit bereits dem Gewerksstande unterbreitet worden ist, sah die Versammlung von einer Beschlußfassung ab in der Erwartung, daß der Gewerksstand die Siftierung der Unterstützung aufheben werde.

Reine. Am 17. Februar hielt der hiesige Ortsverein seine diesjährige Generalversammlung ab, die von 21 Mitgliedern bei 25 am Orte besuchter war. Kollege Armbruster eröffnete die Versammlung, worauf die Verlesung der Tagesordnung und des Protokolls stattfand. Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstattete unser Kassierer noch eingehenden Bericht über das verlossene Geschäftsjahr, demselben wurde Decharge erteilt und Dank für seine gute Kassenführung ausgesprochen. Bei der Neuwahl des Vorstandes, die wegen Fortzug zweier Vorstandsmitglieder erforderlich war, ging Kollege Amstutz als Vorkandidat hervor. Mögen die Kollegen in dem neuen Vereinsjahre treu zusammenhalten und in allen Versammlungen vollständig erscheinen, damit wir bei der demnächst stattfindenden Tarifbewegung durch ein festschließendes Ganze auch in unserm Reine eine Aufbesserung erfahren. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende sodann die Versammlung.

Reichenbach-Lungenfelsau. Unser Dreigewerksverein konnte mit dem verlossenen Jahre auf sein einjähriges Bestehen zurückblicken. In der Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Das vergangene Vereinsjahr ist für uns ein ruhiges gewesen. Die tariflichen Verhältnisse lassen allerdings noch zu wünschen übrig, da noch einige Druckereien vorhanden sind, die den Tarif noch nicht anerkennen haben und in denen teils Händler, teils „Wilde“ ihr Leben fristen. Die Mitgliederzahl ist leider von 25 auf 19 gesunken. Der Versammlungsbesuch war durchschnittlich ein leidlicher; doch wäre es wünschenswert, wenn sich einige Kollegen mit Rücksicht auf die bevorstehende Tarifberatung etwas mehr am Vereinsleben

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 25.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 1. März 1906.

Inserate kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

beteiligen würden. Das Stiftungsfest des Vereins wurde am 20. Januar in Neubielau in echt kollegialischer Weise gefeiert, außerdem wurde am 28. Januar eine Druckmaschinenausstellung veranstaltet.

Zutlingen. Am 18. Februar hielt unser Ortsverein seine diesjährige Generalversammlung ab, die vom neugewählten Vorsitzenden Rud. eröffnet und geleitet wurde. Nachdem Kollege Stoll den Rechnungsbericht vom verfloffenen Jahre erstattet, berichtete Kollege Braunschweiger über die Tätigkeit des hiesigen Gewerkschaftskartells. Leider aber bringen einige Kollegen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung sowie unseren Versammlungen wenig Interesse entgegen und widmen sich dafür mit um so größerem Eifer den Klubbvereinen, was natürlich viel dazu beiträgt, daß das kollegiale Einvernehmen in unserm noch so jungen Ortsvereine kein allzu rosiges ist. Die Verhältnisse im „Grenzboten“ sowie bei der Firma Gaggtatter sind durchaus tarifliche, wohingegen die Firma Haas & Kübler bemüht ist, nur Lehrlinge zu beschäftigen und auszubilden. Auch machen es sich diese Herren zum Prinzip, die Druckmaschinen der reinsten Schuld- und Spottpreise herzustellen; ja, in verschiedenen Fällen wurden größere Aufträge fast für den halben Preis geliefert wie dem von den beiden anderen Geschäften gefordert. Keugierig kann man sich nicht, wo und wie die verwegene Fahrt dieser Tarifverächter enden wird, die ferner es auch fertig brachten, sich in einer Nachtrage zum Tarifverzeichnisse mit einem Gehilfen aufzuführen zu lassen, trotzdem dies gar nicht der Fall war. Die Bäckigkeit der Einstellung eines Gehilfen in diesem „Kunsttempel“ ist schon daran ersichtlich, daß häufig bis abends 10 und 11 Uhr gearbeitet oder vielmehr geschuftet wird. Die Versammlung verurteilte uns so scharf dieses ganze tarifwidrige Verhalten, weil jene Herren bei Gründung ihres Geschäfts, weil damals noch Verbandsmitglieder, in puncto Tarif sich nicht hoch genug verstanden. Zweck Streichung der Firma aus dem Tarifverzeichnisse sind bereits die nötigen Schritte eingeleitet. Ein am Orte noch stehender „Wilder“ vermeidet ängstlich jede Zusammenkunft mit den „bösen Verbandsmitgliedern“ und schließt sich dafür lieber dem „Vereine christlicher junger Männer“ an. Nach Erlebigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit den besten Wünschen für das laufende Jahr geschlossen.

Rundschau.

Eine einmalige Steuererhöhung in Höhe von 10 Mk. bewilligte die Buchdrucker Landtag Nachf. in Potschappel drei ihrer verheirateten Gehilfen. — Dem gesamten Personal, anfangend beim Faktore und endend beim letzten Hilfsarbeiter, der Firma Kaden & Co. in Dresden („Sächsische Arbeiterzeitung“) ist von der ersten Märzwoche an eine dauernde Lohnzulage von je 1 Mk. bewilligt worden.

Ferien! Die Firma Smorowski & Schmalz in Landsküt. i. B. hat ihrem Personal nun auch einen dreitägigen Urlaub bewilligt.

Die Tarifverhandlungen im Steindruckgewerbe sind nicht gescheitert, wie in der Tagespresse zu lesen, sondern wurden am 27. Februar weitergeführt. Allerdings waren sie am 26. Februar bei der Frage der Arbeitszeit am Punkte der Abbrechung angelangt, durch Eingreifen des Vorsitzenden des Leipziger Gewerbegerichtes wurde aber dieser Eventualität vorgebeugt.

Gegen die Besteuerung der Ansichtspostkarten nahmen die in Leipzig zusammengetretenen Gehilfen- und Prinzipalsvertreter des Steindruckgewerbes vor Eintritt in die Verhandlungen zur Schaffung eines allgemeinen Tarifes Stellung mit dem Resultate, daß dieses Steuerprojekt aus prinzipiellen wie praktischen Gründen einmütig verworfen wurde.

Eine unglückliche Idee nennt der Geheimrat Postrat Weberstadt in der Berliner „Täglichen Rundschau“ den Antrag der Finanzkommission des Reichstages auf Besteuerung der Ansichtspostkarten: „Nach der Auslastung des Staatskassens würde die Anzahl der jährlich zur Verwendung gelangenden Ansichtspostkarten von 500 Millionen Stück vermutlich um ein Viertel, also auf 375 Millionen, sinken. Es würden 6 1/4 Millionen Mark Postentnahmen fortfallen, um 7 1/2 Millionen Mark Stempel einzunehmen, also um dem Reichsfiskus 1 1/2 Millionen Mark zuzuführen. Davon müßten aber noch Unkosten für weiteres Personal usw. abgezogen werden. Das finanzielle Ergebnis würde also ein ganz geringfügiges sein, so daß es unverantwortlich wäre, einer solchen Bagatelte halber die hülfslose Ansichtspostkartenindustrie zu ruinieren und die Reichspost an der Erfüllung ihrer eigentlichen Pflichten zu hindern.“ Es ist sehr bezeichnend für die Forscher nach neuen Steuerquellen, daß lumpige 1 1/2 Millionen Mark überhaupt in Betracht kommen können bei der Sanierung der Reichsfinanzen. Der Reichstag

würde sich der Lächerlichkeit aussetzen, wenn er solche Vorschläge ernst nehmen sollte.

Der Vorschlag einer Inzeratensteuer ist nunmehr in der Reichsfinanzkommission von christlich-sozialer Seite eingebracht worden. Die paar Leute um Stöcker wollen von den in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern enthaltenen Inzeraten bei einer Auflage bis zu 2000 Exemplaren 2 1/2 Proz., bis zu 10000 5 Proz., bis zu 25000 7 1/2 Proz. und bei einer noch größeren Auflage 10 Proz. des gezahlten Anzeigenpreises erhoben wissen. Bei dieser Steuergattung würde zwar mehr herauszuschlagen sein als bei der Ansichtspostkartensteuer. Es würde aber ein so gewaltiger Apparat zur Kontrolle dazu nötig sein, daß das schließliche Reinergebnis doch ein für den beabsichtigten Zweck ungenügender ist. Grundsätzlich sind wir gegen jede indirekte Steuer.

Wilhelm Krülle, der Geschäftsführer der vertragenen Diebeschen Hofbuchdruckerei in Koburg, kehrte nach dort zurück und wurde sofort in Haft genommen.

Furchtbar zugerichtet von einem halbwegsigen Buchsen wurde der in Herbst vom Militär entlassene Seher Paul Hellmuth in Magdeburg. Aus einer Wirtshaft mußte ein zur Sorte der „Halbstarcken“ gehörender Mensch wegen ungebührlichen Betragens entfernt werden. Nach einiger Zeit kehrte er aber in Begleitung seines Waters und mit einem langen Messer bewaffnet in das Restaurant zurück und stürzte sich auf die nichtsahnenden Gäste. Hellmuth wurde derartig schwer im Unterleib verletzt, daß sein Ableben in dem Inzeratenteile der heutigen Nummer gemeldet wird. Ein zweiter Kollege erhielt von dem Kerle einen Stich in den Rücken.

Die Nürnbergger Inkunabeln aus der Zeit von 1470 bis 1499, darunter auch der erste Nürnberg Klosterdruck, erwarb der Verlag des in Nürnberg erscheinenden „Stereootypen“ von dem Antiquariate Jacques Rosenthal in München.

Ein ganzes Bücherlager auf dem Gerichtstisch ist gegenwärtig in der neunten Strafkammer des Landgerichtes I in Berlin zu sehen. Einem Berliner Buchhändler wird nämlich jetzt der Prozeß gemacht wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften. Zu diesem Zwecke sind die polizeilich beschlagnahmten — 400! — Bücher an Gerichtsstelle geschafft. Der Prozeß soll zehn Tage dauern.

Im Berliner Zeitungswesen wird mit dem beginnenden Frühjahr der Konkurrenzkampf untereinander schärfere Formen annehmen. Die „Deutsche Zeitung“ will es mit der „Allgemeinen“, „Morgenpost“ aufnehmen. Sie soll nicht nur dreimal täglich erscheinen, sondern sonntäglich auch eine vierfarbige Illustrationsbeilage mit den Wochenereignissen im Bilde bringen. Die „Morgenpost“ wird dafür eine Abendausgabe einlegen, Mittwochs eine illustrierte Sportbeilage, für die außer sechs Spezialredakteuren auch ein „kommandierender General“ aus Amerika gewonnen wurde, und an den Sonntagen eine vierfarbige illustrierte Beilage bieten. Und das alles für ein Abonnement von 15 Pf. wöchentlich! Ferner wird Dr. Sandstein, die frühere rechte Hand von Scherl, eine zweimal täglich erscheinende Zeitung, die das Non plus ultra im Nachrichtendienste erreichen soll, und der Direktor Meyer von der Mergenthaler Linotypengesellschaft — ein Sohn des Besitzers des „New Yorker Herald“ — nach amerikanischem Muster eine große Tageszeitung mit liberaler Gesinnung herausgeben. Nicht das Publikum, sondern auch die Berliner Kollegen werden gegen diese Gründungen bzw. Erweiterungen nichts einzuwenden haben.

Als rechtsirrtümlich bezeichnete das Reichsgericht die Anwendung des § 193 des Strafgesetzbuches für die Presse bei einer Revision gegen ein freisprechendes Urteil des „Volksblattes für Rassel“. Die deutsche Presse ist also mindern Rechtes, die Redakteure der amerikanischen werden aber hinsichtlich ihrer Macht und ihres Einflusses kommandierenden Generalen gleichgestellt.

Ausgeschlossen aus der sozialdemokratischen Partei wurde der ehemalige Geschäftsführer Karl Bod des eingegangenen Konsumvereins Connewitz. Das im Parteistatut für den Ausschluß vorgesehene Schiedsgericht trat gar nicht in Funktion, weil Bod mit seinem Gnadenbittsuche um Straferlass ein regelrechtes Verfahren gegen sich überflüssig machte. Dieser Bod ist bekanntlich derselbe, der im Jahre 1897 das Ausschlußverfahren aus der Partei gegen unsern Kollegen Reihäuser tatkräftig gefördert hat.

Die Konkurrenzklausel, diese gegen die guten Sitten verstoßende Unternehmerr Praxis, ist auch im Leipziger Buchhandel eine Alltäglichkeit. Die Buchhandlungsfirma F. G. Fischer leistet aber das großartigste in dieser Beziehung, indem sie sogar mit ihren Buchhandlungsstellen die Konkurrenzklausel „vereinbart“. Es ist daher zu wünschen, daß der von 24 Besitzern des Münchener Kaufmannsgerichtes an den Ausschluß desselben gerichtete Antrag, für ein gesetzliches Verbot jeder Konkurrenzklausel zu wirken, recht weite Kreise zieht.

Verleumdungen streifender Arbeiter sind eine alltägliche Erscheinung. Besidebentlich ist man bei Verfolgung der Spuren von Verdächtigungen ausständiger Arbeiter auf Unternehmer als Urheber derselben gestoßen. Eine Schöffengerichtsverhandlung in Kulmbach lieferte kürzlich auch wieder einen Beweis dafür. Im vergangenen Herbst war daselbst in der Büttnerischen Fabrik ein Streik ausgebrochen. Möglicherweise ging das Gericht, die Ausständigen wollten die Büttnerische Fabrik in Brand stecken. Es wurden sogar polizeiliche Recherchen angestellt und diese boten dann einem der Streitenden Anlaß zu einer Beleidigungsklage gegen den Verbreiter dieser Schauermär. Ohne große Schwierigkeiten konnte nun festgestellt werden, daß der von dem Streik betroffene Fabrikant einen Arbeiter für drei Mark und einige Zigarren bereit gefunden hatte, die unsinnige Warnnachricht zu verbreiten. Für den edelgesinnten Unternehmer und den käuflichen Arbeiter gleich bezeichnend, im weitern aber ein hübscher Beleg dafür, wie es gemacht wird.

In Stargard ist ebenfalls ein Aufreizungsprozeß verhandelt worden, der in Wirklichkeit auch etwas Aufreizendes an sich hat, und zwar hinsichtlich der verhängten Strafen. Zwei mit der Uebergabe der Wahlrechtsflugblätter an die Verteiler bestimmte Personen wurden nämlich zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht nahm ohne Beweisführung an, daß die beiden den Inhalt des Flugblattes gekannt haben. Die Verteiler selbst wurden freigesprochen. Da die Gerichte in der Auffassung über den aufreizenden Charakter des Wahlrechtsflugblattes zum 21. Januar so große Abweichungen bekunden, daß in einem Orte Freisprechung, in einem zweiten eine mehr oder weniger schwere Verurteilung erfolgte, in einem dritten das Verfahren überhaupt eingestellt wurde, da ist es eine starke Zumutung, daß die zwei Ausgeber über die Strafbarkeit des Flugblattes im klaren sein sollten.

Mitte der vorigen Woche ist der Antrag der sozialdemokratischen Partei im Reichstage auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Bundesstaaten einschließlich Elsaß-Lothringen in zweiter Lesung abgelehnt worden. Zu einer dritten Beratung kommt es nicht, weil für den ersten Absatz, daß das Reichstagswahlrecht Uebertragung auf die bundesstaatlichen Parlamente finden soll, zwar die Sozialdemokraten, die drei freisinnigen Parteien, die Polen und die Elsaßler stimmten, für den zweiten Absatz aber, welcher das aktive und passive Wahlrecht an alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes verliehen wissen will, nur die Sozialdemokraten votierten. Am 7., 14. und 21. Februar wurde also für das allgemeine Wahlrecht im Walthause Propaganda gemacht, denn daß die ganzen Debatten nur der Agitation für diese Forderung dienen können, daraus hat sich wohl niemand ein Hehl gemacht. Daß dieser Zweck erreicht worden ist, kann gewiß nicht bestritten werden. Es ist ein bezeichnendes Zusammentreffen, daß in derselben Zeit, wo unterhalb der Mainlinie die Regierungen und Parlamente dem Verlangen nach dem allgemeinen Wahlrechte immer weitere Konzessionen machen, wo selbst der Erbe eines Königsthrones seine Stimme für diese berechtigte Forderung der breiten Volksmasse in die Waagschale wirft, in dem Klassengegensätzlichen Norddeutschland die herrschenden Kreise kühl bis ans Herz hinan dieser Frage gegenüberstehen oder — wie in Hamburg und Albed — gar Verschleierungen des bestehenden Wahlrechtes durchdrücken bzw. betreiben. Was für merkwürdige Umstände in der hanseatischen Bourgeoisie über die Wahlrechtsfrage dominieren, das hat der Bundesratsvollmächtigte Dr. Klümann mit ergößlicher Umrüstigkeit erkennen lassen. Die Ausführungen des Grafen Posadowsky, dem neuerdings auch die Aufgabe zufällt, die Vertretung des Reichskanzlers in Sachen zu übernehmen, die diesem un bequem sind, müßten nur Bedauern darüber erwecken, daß einem solchen Manne derartige Aufgaben zuerteilt werden. Was Posadowsky zu dem sozialdemokratischen Antrage erklärte, war ein Dualismus in bösester Form, der reinste Gieranz. „Die verbündeten Regierungen stehen fest auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechtes für das Reich und lassen sich durch keine Agitation von links oder von rechts davon abbringen.“ Das war zweifellos sehr schön gesagt. Wenn aber Posadowsky gleich hinterher meinte, in Preußen liege die Sache ganz anders, weil die Sozialdemokratie doch den bürgerlichen Staat beseitigen wolle, und dann nach einem begeisterten Dithyrambus auf die Hohenzollern die Blasphemie beging: Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Meher selber, dem erst noch eine Verurteilung der von manchen Abgeordneten im preussischen Landtage betriebenen Politik vorausgegangen war, so ist das eine Zweifelslehre, die bei einem Manne wie Posadowsky besonders bedauerlich ist. Die Arbeiter sind politisch längst reif genug zu einer Vertretung auch im preussischen Abgeordnetenhause. Das sie davon ausschließende gegenwärtige Wahl-

gleich ist ein bitteres Unrecht, der Zustand einer empörenden Ungleichheit. Der österreichische Ministerpräsident Gautsch hat in der letzten Woche über die Berechtigung des allgemeinen Wahlrechtes so treffliche Ausführungen gemacht, daß die leitenden Staatsmänner in Deutschland sich fürwahr daran ein Beispiel nehmen könnten. In Norddeutschland aber wird herumgetappt, Scheintouren werden gemacht oder gar Vorkämpfer unterbreitet, die nichts als eine Verhöhnung der Arbeiter sind. Das läßt sich von den meisten der in Sachsen gemachten 23 Wahlreformvorschläge sagen und natürlich ganz und gar erst von der famosen Wahlreform der „Deutschen Arbeiterzeitung“, welche für ein berufständiges Wahlrecht plädiert, bei welchem im Reichstage die Arbeiter gerade 40 Mandate innehaben würden. Die Ausführungen von Bernstein, Nebel und Herzfeld waren zwar für den Arbeiterstandpunkt recht wirkungsvoll, eine Veneration in der Haltung der bürgerlichen Parteien vermochten sie aber nicht herbeizuführen. Soviel ist aber gewiß: Die dreitägige Wahlrechtsdebatte des Reichstages ist nicht vergeblich gewesen, sie hat aufklärend für die Allgemeinheit gewirkt und einige Hoffnungen erweckt, daß wir Norddeutschen schließlich wenigstens zu dem Wahlrechte der Süddeutschen kommen werden.

Die Berliner Droschkenfürher haben ihre Drohung wahr gemacht und am 26. Februar den Dienst eingestellt, also wohlberechnet zu einem Zeitpunkte, wo wegen der höchsten Hochzeitsfeierlichkeiten der Straßenverkehr in Berlin besonders Dimensionen annimmt. Bei diesem Konflikt handelt es sich um einen Protest gegen eine Polizeiverordnung über das Fahren auf dem Potsdamer Plage. — In Mainz ist wegen Lohnunterschieden ein vorläufig noch partieller Streik der Fabrikhutmacher ausgebrochen. — In Mühlhausen i. S. W. werden infolge des Vorgehens der Textilarbeiter zwecks Bewilligung des Rehnfundentages bis zu 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt werden.

Briefkasten.

K. in R.: Sie wollen auf den Abdruck Ihres Artikels verzichten, so dankbar wir Ihnen auch für den guten Willen sind. Es ist wirklich besser, dieses Kapitel im „Korr.“ zu schließen. Gruß! — F. St. in Bad Dürkheim: Dies übernimmt jede Antiquaratsbuchhandlung, bezüglich des Preises jedoch geben Sie sich keiner großen Hoffnungen hin. — P. in Solingen: Diese Notiz ist doch wohl durch diejenige aus Essen in Nr. 21 des „Korr.“ erledigt? — G. B. in Wiesbaden: Diese Firma ist nicht im Tarifverzeichnis, kommt also für uns nicht in Betracht.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schanißplatz 5, III.
Gau Schlesien. Bei der Wahl eines Gauverwalters wurden 540 Stimmen abgegeben. Es erhielt Kollege Schubert 350 und Kollege Helle 172 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Breslau. Um Angabe des Aufenthaltes des Sezers Paul Robock und des Gießers Paul Boek ersucht die Kollegen G. Härtel, Friedrichstraße 100a, II.

Buchdruckerei m. Zeitungsverlag in Industrie.
Orte Thüringens f. 6000 Mt. verkauft, Umsatzung 4000 Mt. Heber 500 Abonnenten, etwa 5) Mt. Zinrate wöchentlich, viel Abzügen. Werte Diktoren untr „Buchdruckerei“ postlegend versurt. Mäcmarke beilegen. [710]

D. R. P. 142276 f. W. Widery
betreffend: „Wagenabhebevorrichtung an schließlichen Wagenanlegern für Druckerpressen und ähnliche Maschinen.“
Käufer und Lizenznehmer werden gesucht. Auskunst erteilt [706]

Ingenieur Hans Heimann
Patentanwalt
Berlin SW, Königgräberstraße 86.
Eilt!
Zum Verkauf von Zigarren an Wirt usw. wird ein tüchtiger Agent gesucht, gleichwo wohnhaft. Vergütung event. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Fleck & Co., Hamburg. [704]

Tätiger Agent
In allen Städten Deutschlands für angelegene Feuerversicherungs-gesellschaft unter günst. Beding. gesucht. Werte Offerten unter A. E. 6123 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [677]

Nährigen Herren
die über ausgedehnten Bekantheit verfügen und die in oder neben ihrem Berufs-Gebiet haben, für eine alte deutsche Aktiengesellschaft Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen zu vermitteln, wird Gelegenheit in hohem Lebensverdienst geboten. Werte Off. unter L. L. 723 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [623]

Typographiker
tüchtig, korrekt, für deutschen in Französischen Satz nach Bern (Schweiz) gesucht. Gehalt 50 Fr. Werte Offerten unter Nr. 705 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Adressenveränderungen.

Bremerhaven. (Maschinenfabrikverein.) Vorsitzender: P. Gentschel, Lehe, Weststraße 8; Kassierer: F. Schmiedeke, Lehe, Grabenstraße 9, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Auerbach i. B. der Sezer Richard Tapken, geb. in Steinhäusen i. D. 1887, ausgl. in Bant i. D. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Falkenstein i. B. der Schweizerdegen Hermann Garten, geb. in Hulsbün 1887, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.
In Breslau der Drucker Wilhelm Steinborn, geb. in Dessau 1854, ausgl. daf. 1872; war schon Mitglied; 2. der Schweizerdegen Georg May, geb. in Breslau 1883, ausgl. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — G. Härtel, Friedrichstraße 100a, II.
In Döbeln der Sezer Otto Eichler, geb. in Döbeln 1887, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Dresden die Sezer 1. Max Reinhard Ilbricht, geb. in Seiffen (Erzgeb.) 1871, ausgl. in Frauenstein 1890; 2. Paul Heidenreich, geb. in Neustadt (O.-Schl.) 1876, ausgl. daf. 1904; waren noch nicht Mitglieder; 3. Richard Stephan, geb. in Raubegast 1869, ausgl. in Dresden 1889; 4. Oskar Rukol, geb. in Berlin 1875, ausgl. daf. 1892; 5. Paul Schumacher, geb. in Lübben (N.-L.) 1874, ausgl. daf. 1892; die Drucker 6. Gustav Kemmler, geb. in Neuschönefeld b. Leipzig 1876, ausgl. in Leipzig 1895; 7. Karl Reichelt, geb. in Karlstadt (Proatien) 1871, ausgl. in Ugam 1888; waren schon Mitglieder; 8. Oswald Max Leudert, geb. in Dresden 1886, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Freiberg i. B. der Sezer Gustav Hasselhorst, geb. in Hannover 1864, ausgl. daf. 1882; 2. der Drucker Klemens Alfred Schmidt, geb. in Freiberg 1886, ausgl. daf. 1905; waren schon Mitglieder. — In Neusalza der Sezer Otto Paul Kunowsky, geb. in Dresden 1886, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Wurzen der Drucker Karl Emil Jentsch, geb. in Wurzen 1887, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — G. Steinbrück in Dresden, Mathildenstr. 7, I.
In Ems der Sezer Karl Brüder, geb. in Ems 1876, ausgl. daf. 1895; war noch nicht Mitglied. — G. Wager in Wiesbaden, Rheingauerstraße 3.
In Milheim (Ruhr) der Sezer Friedrich Lange, geb. in Milheim (Ruhr) 1882, ausgl. in Gladbeck i. W. 1901. — W. F. Umweiler in Duisburg-Hochfeld, Wanneheimerstraße 145.

In Ramlau der Sezer Robert Loya, geb. in Kleinwig 1880, ausgl. daf. 1898; war schon Mitglied. — Adolf Müller in Reife, Friedrichstraße 39, II.
In Stettin die Sezer 1. Fritz Mundt, geb. in Marienhoff (Kr. Randow) 1886, ausgl. in Stettin 1904; 2. Otto Prochnow, geb. in Reichenbach (Kr. Pyritz) 1881, ausgl. in Stettin 1900; 3. Ernst Wölfe, geb. in Marienburg i. Pr. 1871, ausgl. daf. 1889; waren noch nicht Mitglieder; 4. der Drucker Hugo Borchardt, geb. in Stettin 1880, ausgl. daf. 1898; war schon Mitglied. — Wilhelm Riesebeck, Böllgerstraße 86, Hof, I.

Schweizerdegen

der vorzüglicher Drucker sein muß, nicht eventuelletreten und den Personal mit Zeit vorstellen kann, findet dauernde, angenehme, tarifmäßige Stellung bei
709
Gruno Mehl, Bismark (Prov. Sachsen).

Tüchtige Schriftgießer
finden dauernde Kondition in der
Schriftgießerei Emil Gursch, Berlin SW 29,
Gneisenaustraße 27. [688]

Tüchtiger Zurchter
für dauernde Beschäftigung gesucht. [681]
Schriftgießerei Emil Gursch, Berlin SW 29,
Gneisenaustraße 27.

Technikum
für Buchdrucker
Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Sachver. oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gebildet, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle, Leipzig-R., Senefelder-Strasse 15.

Stuttgarter graph. Versandhaus,
Theodor Leibius,
jetzt Rotenhilfstrasse 49 b,
empfiehlt Setzerblöcke, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zurechtmasser, starb Bler-u. Weinzettel, Kravattenmadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabakdosiers, Feuerzeuge.
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Hansalin, neues Matritzenpulver (nur eig. Fab.), 100 Ko. 40 u. 85 Mk. Lager in Stereotyppapier in allen Form. Glatten u. woll. Druck für Rot. in allen Grö. Coll.-Tomplatten, 27: 68 cm. 3.50 Mk. 1. Spaz.-Geh. H. Andressen & Sohn, Hamburg. [418]

Brandenburgischer
Maschinensetzer-Verein
Sitz Berlin.
Sonntag den 4. März, vormittags 10 Uhr, im Rest. Augustin, Oranienstr. 103, nahe Lindenstrasse:
Versammlung. [708]
T.-O.: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. Technisches; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Dresden Buchdruck-Masch.-Verein Dresden
Sonntag den 4. März, vormittags 11 Uhr:
Monatsversammlung
im Vereinslokale. [688]
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Fresfeld. Samstag den 3. März, abends 9 Uhr: Monatsversammlung.
T.-O.: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kaszenbericht; 3. Antrag, den Ortsbeitrag in bisheriger Höhe zu belassen; 4. Wahl der Delegierten zum gruppischen Kartell; 5. Bericht der Tarifkommission; 6. Kartellbericht; 7. Angelegenheiten; 8. Verschiedenes.
Der Vorstand. [702]

Rheinisch-Westfälischer
Korrektorenverein
Sitz: Düsseldorf.
Versammlung: Sonntag den 4. März, vormittags 11 Uhr, bei Graulich, Gde. Benrather und Bettestraße.
T.-O.: 1. Mitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. Korrektorenrat, Beratung von Anträgen hierzu sowie zur Tarifrevision; 4. Wahl der Delegierten; 5. Verschiedenes. — Alle Korrektoren Rheinland-Westfalens sind zu dieser Versammlung dringend eingeladen. Beitritts-erklärungen an den Vorsitzenden G. Pröpper, Zahnstraße 77, erbeten. Der Vorstand. [701]

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen dem Sezer Willi Heller aus Hiesdorf (Hauptbuchnummer 24561) das Quittungsbuch abnehmen und nach hier einfenden.

Riel. Der auf der Reise befindliche Sezer Franz Gawlowski aus Kratau wird ersucht, seine Adresse der hiesigen Kriminalpolizei anzugeben, damit demselben das ihm hier gestohlene Geld ausgehändigt werden kann. Eventuell soll derselbe den hiesigen Ortskassierer zur Empfangnahme bevollmächtigen. Die Herren Reiseleiter werden gebeten, G. hierauf aufmerksam zu machen.

Versammlungskalender.

Apolda. Versammlung Sonnabend den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Vorwärts“.
Arnstadt i. Th. Versammlung Sonnabend den 3. März, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zinnel“.
Augsburg. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung Sonntag den 4. März, vormittags 1/10 Uhr, im Restaurant „Wurgarten“.
Bonn. Maschinenmeister-Versammlung Sonntag den 4. März, vormittags 11 Uhr, im Restaurant Graßhauer, Scheaterstraße 5.
Giesels. Versammlung Sonnabend den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokale Reimeyer, Seferdorferstraße 5.
Gries. Versammlung Sonnabend den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur grünen Linde“.
Hessau. Versammlung Sonnabend den 3. März.
Dresden. Maschinenkassierer-Versammlung Sonntag den 4. März bei Adam, Raubachstraße.
Düsseldorf. Bezirksvorstands-Sitzung Montag den 5. März, abends 9 Uhr, bei Biel.
Essen. Bezirksversammlung Sonntag den 11. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gasthofen (Restaurant) Kaufmann. Eintrags bis zum 5. März einzuliefern. — Versammlung Samstag den 3. März im Vereinslokale.
Freiburg i. Br. Bezirksversammlung Sonntag den 18. März, vormittags 1/10 Uhr, im großen Saale der Ziehbrennerei (Feierabend). Anträge zu derselben sind bis 9. März an den Vorsitzenden Fritz Müller, Bernhardtstr. 1, einzuliefern. Näheres durch Zirkular.
Glogau. Bezirksversammlung Sonntag den 18. März im Vereinslokale „Bittoriahotel“, Breußische Straße. Anträge sind bis zum 10. März an G. Heißler, Langestraße 88, III, einzuliefern. Näheres durch Zirkular.
Görlitz. Maschinenmeister-Versammlung Freitag den 2. März, abends 7 1/2 Uhr, im Grönders Restaurant.
Gries. Versammlung Sonnabend den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Zinnel“.
Hoburg. Bezirksversammlung Sonntag den 25. März in Weinigen. Anträge hierzu sind bis zum 17. März an den Bezirksvorstehenden einzuliefern. Alles Nähere durch Zirkular.
Mülheim (Ruhr). Versammlung Sonnabend den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Rampmann (Würgerhalden).
München. Korrektoren-Versammlung Sonntag den 4. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Zinnelbaum“.
Neunkirchen (Saar). Versammlung Samstag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Kronprinzen“, Hüttenbergstraße.
Neurode. Versammlung Sonnabend den 3. März im Vereinslokale Gasthof zum „Goldenen Stern“.
Neustadt a. S. Bezirksversammlung Sonntag den 4. März, vormittags 9 Uhr, im Vereinslokale.
Neustadt. Versammlung Sonnabend den 3. März.
Reut. Bezirksversammlung Samstag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokale. Näheres durch Zirkular.
Pöhltingen (Saar). Versammlung Samstag den 3. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokale (H. Niederländer).
Wiesbaden. Versammlung Samstag den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in „Deutscher Hof“, Goldgasse.

Verein aller in Schriftgießereien
beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
Leipzigs.

Sonnabend den 3. März im Saale der
„Grünen Schänke“, Leipzig-Linger.

Neuntes Stiftungsfest
Bestehend in Konzert und Ball. Mitwirkende:
Leipziger Sängler aus dem Kristallpalast und
Kapelle Bertram.
Eintritt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Gäste willkommen.
Der Vorstand. [708]

Am 25. Februar verschied im hiesigen
Krankenhaus unser lieber Kollege, der
Setzer
Paul Hellmund
aus Magdeburg im Alter von 23 Jahren.
Sein Andenken wird stets in Ehren halten
[707] Der Ortsverein Magdeburg.

Am 24. Februar verschied nach fünf-
wöchentlicher schwerer Krankheit unser
lieber Kollege, der Setzer
[711]

Georg Pfänder
aushausen (Württemberg) im Alter von
33 Jahren.
Dem Verstorbenen, einem allgemein ge-
achteten und geehrten Kollegen, wird ein
dauerndes Andenken bewahren
Die Mitgliedschaft Würzburg.

Um postlichen Schwierigkeiten aus dem Bede-
zu gehen, wolle man alle für den korr. be-
stimmten Gebildungen nicht an die Geschäfts-
stelle oder Expedition des Korr., sondern an
Konrad Eichler adressieren.